



50 JAHRE

STÄDTEBAUFÖRDERUNG IN HAMBURG

Dokumentation der Fachveranstaltung
am 24. Juni 2021

INHALT

EINLEITUNG	3
WIE ALLES ANFING: VON DER FLÄCHENSANIERUNG ZUR STADTERNEUERUNG	
Prof. em. Dr. Peter Michelis	4
50 JAHRE STÄDTEBAUFÖRDERUNG IN HAMBURG: EIN ÜBERBLICK	
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt	10
ZUKUNFTSBILDER UND DIE POST-CORONA-STADT	
Oona Horx-Strathern	16
WIE ENTWICKELN WIR HEUTE DIE STADT?	
Oberbaudirektor Franz-Josef Höing	22
STÄDTEBAUFÖRDERUNG IN HAMBURG – WEITER SO?!	
Podiumsdiskussion	28
SCHLUSSWORT	
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt	34
VORTRAGENDE	
Biografische Daten	38
VERANSTALTUNGEN UND PUBLIKATIONEN	40
IMPRESSUM	42

EINLEITUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

2021 war das Jahr eines besonderen Jubiläums: Die Bund-Länder-Städtebauförderung ist 50 Jahre alt geworden. Das Städtebauförderungsgesetz von 1971 mit der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung markierte den Anfang der bis heute erfolgreichen Stadterneuerung in Deutschland. Von Beginn an übernahm Hamburg eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung – vom frühen Leitbild einer behutsamen Stadterneuerung über die Anfänge der Sozialen Stadt bis zum heutigen Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE).

Wir haben das Jubiläum als Anlass genutzt, um zu einer Fachveranstaltung im Museum der Arbeit einzuladen. Am 24. Juni 2021 ging es um ein Resümee, aber auch einen Ausblick: Wie sieht die Bilanz von 50 Jahren Städtebauförderung in Hamburg aus? Was haben wir erreicht? Welche Aufgaben liegen vor uns? Fachleute gaben in Vorträgen und einer Podiumsdiskussion Antworten auf diese Fragen. Diese Broschüre dokumentiert die inhaltlichen Beiträge der Fachveranstaltung, soll aber auch Anreiz für die weitere Diskussion sein. Denn Stadterneuerung muss immer wieder neu auf die aktuellen stadtentwicklungspolitischen und sozialen Rahmenbedingungen ausgerichtet werden.

In den letzten 50 Jahren hat sich die Städtebauförderung in Hamburg als anpassungsfähiges Instrument bewährt. Waren es zu Beginn die Altbauquartiere, die behutsam saniert wurden und mittlerweile zu den beliebtesten Wohnquartieren Hamburgs zählen, weitete sich später der Blick aus. Die städtebaulichen Maßnahmen zielten auf eine Verbesserung der Lebensqualität in Großwohnsiedlungen und auf eine Aufwertung von Zentren.

Heute fasst in Hamburg das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) die bundesweiten Programme der Städtebauförderung



„Lebendige Zentren“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ unter einem Dach zusammen. In den RISE-Fördergebieten investieren wir in die Bildungsinfrastruktur, soziale Infrastruktur, in das Wohnumfeld, in die Qualifizierung öffentlicher Plätze, Freiflächen und Grünanlagen sowie die Stärkung von Versorgungsstrukturen. Es werden Nachverdichtungspotenziale aktiviert, Neubaupotenziale erschlossen und Wohnungsbestände stabilisiert.

Mit RISE führen wir in Hamburg auf Quartiersebene die verschiedenen Fachpolitiken zusammen und können öffentliche Ressourcen erfolgreich bündeln. Gemeinsam mit den Bezirksämtern, weiteren Ressorts und öffentlichen Unternehmen sowie mit umfassender Beteiligung der Bevölkerung, der Einrichtungen und Initiativen vor Ort fördern wir lebendige, stabile Quartiere und damit den Zusammenhalt in der Stadt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen



PROF. EM. DR. PETER MICHELIS

WIE ALLES ANFING: VON DER FLÄCHEN-SANIERUNG ZUR STADTERNEUERUNG

Ich freue mich, über die Zeit zu sprechen, während der 1971 das Städtebauförderungsgesetz nach heftigen Diskussionen innerhalb der politischen Parteien im Deutschen Bundestag beschlossen wurde und in deren Folge ich im Stadterneuerungsamt der Hamburger Baubehörde bei der Umsetzung dieses Gesetzes in der Städtebauförderung 20 Jahre lang mitarbeiten konnte.

Innerhalb unserer Stadt Hamburg hatte es bis dahin unterschiedliche Vorstellungen gegeben, was für die Stadtentwicklung im Rahmen des Wiederaufbaus der Stadt nötig sei. Bis dahin hatte weitgehend die Auffassung vorgeherrscht, dass man nach den Kriegszerstörungen dringend eine neue Stadt brauche, um in der Zukunft auf eine neue Art und Weise zusammen zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Deshalb hatte es in der ersten Neubauphase der Nachkriegszeit dramatische Veränderungen in allen westdeutschen Städten im Wiederaufbau, so auch in Hamburg, gegeben. Das Städtebauförderungsgesetz hatte den Mut, diese Art und Weise der erfolgten, zusätzlichen Stadtzerstörung zu beenden.

Drei wesentliche Merkmale kamen durch das neue Gesetz zum Ausdruck:

Das erste Merkmal war, überhaupt den Erhalt historischer Städte zu begreifen, politisch zu begründen und gesetzlich im Baugeschehen zu verankern. Das war eine gewaltige neue Aufgabe.

Das zweite war, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in einem Sanierungsgebiet an der Planung plötzlich mitwirken durften. Sie sollten befragt und am Veränderungsprozess beteiligt werden. Diese Aufgabe spielt ja bis heute in den Gebieten der Städtebauförderung eine große Rolle bei der Frage, wie die betroffenen Menschen in die Planung mit einbezogen werden sollen.

Die dritte Neuerung war eine gemeinsame Finanzierung der städtebaulichen Maßnahmen durch den Bund und die Länder. Der Bund stellte ein Drittel der Gesamtkosten der Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung. Das zweite Drittel der Kosten deckten die Bundesländer und das dritte Drittel die Gemeinden

selber. Hamburg ist wie Berlin und Bremen ein Stadtstaat und musste daher zwei Drittel der sanierungsbedingten Kosten tragen, weil wir nach der Verfassung Land und Stadt in einem sind.

Abriss sollte Platz für innerstädtische Großprojekte machen

Der Einsatz des Städtebauförderungsgesetzes hat in Hamburg große und sehr positive Veränderungen hervorgebracht. Überholt waren die Wiederaufbaupläne, in deren Zuge innerstädtische Bereiche abgerissen werden sollten, um Platz für neue Investitionen und neue städtebauliche Nutzungen zu schaffen. Dazu zählten Pläne wie die geplante Zerstörung der Neustadt um den Großneumarkt herum. Dort sollte die zentrale Druckerei des Axel-Springer-Konzerns errichtet werden. Außerdem sollte das Karolinnenviertel abgerissen werden, um die Messe erweitern zu können. Der Stadtteil Ottensen sollte einer City West ähnlich der City Nord weichen.

Ein weiteres Beispiel stellte die Umbauplanung von St. Georg dar, die ich in den Mittelpunkt meines



Die Zerstörungen des 2. Weltkriegs hinterließen in St. Georg viele Baulücken.



Der zentrale Stadtteil mit der Langen Reihe in der Mitte sollte einem Neubauprojekt weichen.

Vortrags stellen möchte: das Beispiel des geplanten Alsterzentrums in St. Georg. Der Stadtteil war im Krieg sehr zerstört worden. Vereinzelte, kleine Neubauten hatte man in den 1950er Jahren bereits errichtet, aber von der Straßenmitte der Langen Reihe aus gesehen zurückgesetzt, weil die Straße wegen ihres starken Verkehrsaufkommens als eine der Hauptausfallstraßen in Richtung Walddörfer und Barmbek galt und deswegen verbreitert werden sollte, auch um noch mehr Verkehr in das Stadtzentrum hinein und aus ihm heraus zu lenken. Praktisch erfolgte kein Wiederaufbau des Stadtteils. Was der Krieg übriggelassen hatte, dämmerte vor sich hin. Entsprechend erlahmt war die wirtschaftliche und besonders die soziale Situation im Stadtteil.

Pläne vom Manhattan an der Alster lähmen St. Georg

So erklärt sich wohl der große Traum der Neuen Heimat, aus diesem Elend das neue Manhattan in Hamburg entstehen zu lassen. Die Wohnungsbau-gesellschaft Neue Heimat, die in den 1950er und 1960er Jahren in Westdeutschland großen Einfluss auf die Entwicklung vieler kleinerer und größerer Städte genommen hatte, wollte besonders in Hamburg etwas Dynamisches auf die Beine stellen: Sie plante einen riesigen Gebäudering mit fünf großen Wolkenkratzern. Die Bebauung an der Alster sollte, ebenso wie der Hauptbahnhof, ausnahmsweise erhalten bleiben. Ansonsten hätte alles abgerissen werden sollen, zusätzlich war ein Tunnel für den Fernverkehr als Teil der Innenstadtangente unter St. Georg geplant. Für den neuen Stadtteil selber waren Kaufhäuser, Einzelhandel, Hochgaragen, Büros und Apartments in den Hochhäusern vorgesehen. Diese Idee war faszinierend für viele Menschen. Der damalige Erste Bürgermeister Herbert



Die Pläne sahen Ende der 1960er Jahre die Bebauung mit hohen Bürotürmen vor.



Die Ost-West-Straße quer durch die Neustadt verwirklichte das Ideal der autogerechten Stadt.

Weichmann hatte lange Zeit als Immigrant in Amerika gelebt und schwärmte von seinen Eindrücken amerikanischer Städte. So lobte er auch die Pläne für St. Georg als faszinierende Zukunftsvision. Sie seien für Hamburg notwendig, um den Anschluss an die Weltarchitektur zu bekommen.

Aber was passierte vor Ort? Der Plan des Alsterzentrums wurde ein Albtraum für die Bewohnerschaft und die Eigentümerinnen und Eigentümer, die den Krieg in St. Georg überlebt hatten. Sie hatten über Jahre hinaus Hoffnung auf eine bessere Zukunft gehabt und jetzt sollte mit diesem Projekt auch noch der übriggebliebene Rest zerstört werden. Daraufhin entstand etwas, was psychologisch sehr interessant war: eine absolute Totenstille in St. Georg. Über mehrere Jahre gab es eine Lähmung jeglicher Investitionen, kein Haus wurde neu gebaut, kein Haus wurde renoviert. St. Georg wurde ein Stadtteil „hinter dem Hauptbahnhof“, mit zwielichtigen Nutzungen und einer großen Traurigkeit.

Ideal der autogerechten, gegliederten und aufgelockerten Stadt

Die Pläne für St. Georg waren kein Einzelfall, sondern standen im Zusammenhang mit den damaligen Vorstellungen von der Zukunft der Stadt. Parallel zu St. Georg gab es Planungen von Neu-Altona, die der Architekt Ernst May – ehemaliger Stadtbaurat in Frankfurt – um 1955 entworfen hatte und die tatsächlich auch umgesetzt wurden: Das neue städtebauliche Ideal einer gegliederten und aufgelockerten Stadt, durch eine völlige Abkehr von der traditionellen Stadt mit ihren geschlossenen Baublöcken, bunten Läden in den Erdgeschossen und einer Mischung aus Kleingewerbe sowie attraktiven Plätzen.

Eine weitere ideologische Zielsetzung der damaligen Zeit war die sogenannte verkehrsgerechte Stadt, deren Ziel es war, dem Autoverkehr grundsätzlich Vorrang zu geben und ihn zügig durch die Stadt zu führen. Daher stammte auch die Idee, in St. Georg einen Tunnel unter die Wolkenkratzer zu bauen. Vor diesem planerischen Hintergrund wurde damals beispielsweise der Durchbruch der Ost-West-Straße durch das historische Zentrum der Stadt begründet und realisiert. Kleinere Wohngebiete beiderseits des Straßendurchbruchs in der Neustadt konnten durch Sanierungsmaßnahmen zwar gerettet werden. Aber es entstanden neben den historischen Kirchtürmen auch Hochhäuser als Ausdruck jener „modernen Zeit“, den wir heute gar nicht mehr nachempfinden oder verstehen wollen. Manch einer meint allerdings, diese Gebäude stellen einen tollen Aufbruch für die Zeit nach dem Kriege dar, der einfach notwendig gewesen wäre, um sich aus dem Trauma der Kriegsergebnisse zu lösen. Dieses Trauma führte wohl zu völlig neuem Denken, das wenig Respekt gegenüber der eigenen, zumindest baulichen Kulturgeschichte zeigte. Nur vor dem Hintergrund der Zeit des Nationalsozialismus ist es zu begreifen, mit welcher Hemmungslosigkeit in den Bestand unserer historischen Städte in Deutschland eingegriffen wurde.

Gutachten zum Gebäudebestand schafft Grundlage für Sanierungsgebiete

In St. Georg hat sich die Baubehörde lange mit den Plänen der Neuen Heimat zum Alsterzentrum auseinandergesetzt und auch eine heftige Diskussion mit der Finanzbehörde darüber geführt. Diese hatte



Die Wohnverhältnisse in einigen Hinterhöfen waren nicht mehr zeitgemäß.



Die Studie der GEWOS zu den Hamburger Wohngebieten war Grundlage für die Einrichtung von Sanierungsgebieten.

vor allem auf den Bau des Alsterzentrums deswegen gehofft, weil sie beim Verkauf städtischer Grundstücke an die Neue Heimat hohe Preise hätte erzielen können. Das ist aber unterblieben und die Baubehörde hat letztendlich die GEWOS – Gesellschaft für Wohn- und Städtebau aufgefordert, eine Gebäudbestandsuntersuchung von Stadtteilen, die nicht oder wenig zerstört waren, durchzuführen. So sollte festgestellt werden, wie schlecht die Wohnverhältnisse dort sind. Das Untersuchungsergebnis hat zur Erkenntnis beigetragen, dass es doch innerstädtische und vom Krieg verschont gebliebene Wohngebiete gab, die es zu erhalten lohnte und die man nicht rücksichtslos abreißen konnte, um ihren Bewohnerinnen und Bewohnern „bessere“ Wohnungen bereitzustellen.

Aus dem Ergebnis dieser Untersuchung der GEWOS wurde ein Plan erstellt, der ganz entscheidend für die Entwicklung Hamburgs in den 1970er und 1980er Jahren war. Alle Altbauten wurden hier mit der Feststellung kategorisiert, ob sie modernisierungs- oder instandsetzungsfähig sind. Diese jeweilige Gebietsauswahl wurde dann in sogenannten Erneuerungsgebieten erfasst, wie die in St. Georg, der Neustadt, in St. Pauli, in Altona-Altstadt und in Ottensen, aber auch in kleineren Gebieten in

Eimsbüttel, in Wilhelmsburg und in der Harburger Innenstadt. Diese Zuordnung ermöglichte dann die Flächenauswahl zukünftiger Städtebauförderungsgebiete im Sinne des Städtebauförderungsgesetzes.

„Die behutsame Stadterneuerung“

Über den Begriff der behutsamen Stadterneuerung und die damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen muss man sich vor dem Hintergrund dessen, was gerade zehn Jahre vorher in Teilen der Stadt passiert war, in seiner Bedeutung erst einmal klar werden. Zehn Jahre zuvor war in den Köpfen die Idee vorherrschend, dass die Stadt völlig zu verändern sei. Plötzlich also diese Rückkehr und Rückbesinnung, die Stadt zu erhalten und zu erneuern. Die „Behutsame Erneuerung“ ersetzte die Flächensanierung. Das allgemeine Ziel war, den Bestand zu retten und zu erneuern, damit sozialen Frieden zu schaffen und die ausgewählten Stadtteile zu stabilisieren. Diese behutsame Stadterneuerung hat Hamburg in Westdeutschland bekannt gemacht und trägt heute zur Beliebtheit ehemaliger Sanierungsgebiete bei.

Der Erfolg der behutsamen Stadterneuerung ist im Wesentlichen dadurch begründet, dass man mit den Bewohnerinnen und Bewohnern in guten Kontakt

kam und gegenseitiges Vertrauen schaffte. Man musste über ihre Sorgen sprechen und vor allem darüber, wie sie im Stadtteil weiterleben wollen und wie sich die Lebensverhältnisse in ihrem jeweiligen Stadtteil verbessern können. Grundlage dafür bildete der im Städtebauförderungsgesetz vorgesehene „Sozialplan“ für jedes Sanierungsgebiet, der die Verantwortung der Stadt gegenüber den sogenannten „Betroffenen“ durch organisatorische und finanzielle Hilfen regelte. Die damit verbundenen Hilfen hatten ganz erheblich zur Vertrauensbildung in der Bevölkerung beigetragen und sich positiv auf die Zusammenarbeit aller am Sanierungsprozess Verantwortlichen ausgewirkt, besonders gegenüber den Sanierungsträgern wie der ASK in St. Georg und der SAGA in der Neustadt und in St. Pauli, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadterneuerung und den beteiligten Bezirksämtern.

Das Denkmalschutzjahr 1975

Eine Besonderheit, die fast ausschließlich dem Gebäudebestand in den Sanierungsgebieten zugutekam, war die Tatsache des Europäischen Denkmalschutzjahres von 1975, das den Politikerinnen und Politikern der Städte und Länder deutlich machte,

wie wichtig der Denkmalschutz unserer historischen Bebauung in Stadt und Land ist. Mit dieser Rücken- deckung gelang es, die Deichstraße mit sieben his- torischen Häusern zu retten, die durch den Tod ihres privaten Mäzens, Eduard Brinkama, ihre finanzielle Sicherheit verloren hatten. Es handelte sich um die letzten historischen Häuser am Nikolaifleet, die den Großen Brand von 1842 und den Krieg überstanden hatten. Die Stadt hat dort 1975 die Verantwortung übernommen und das historische Ensemble zum Sa- nierungsgebiet erklärt.

Detailliertes Erneuerungskonzept für St. Georg

Zurück zu St. Georg: Entscheidend war für den Stadtteil, dass die Politik eine tatsächliche Kehrtwende vollbracht hatte, einschließlich der zuständigen Bezirksversammlung von Hamburg-Mitte. Sie forderte 1972 von der Baubehörde einen sogenannten Rahmenplan zur Erhaltung des Stadtteils St. Georg ein. Damit wurden ein Mitarbeiter des Landesplanungsamtes und ich beauftragt. Im Ergebnis dessen konnten die beiden Sanierungsgebiete Lange Reihe und später Böckmannstraße förmlich festgelegt werden. Im Rahmenplan wurde festgestellt, welche Gebäude



Für St. Georg wurde ein detailliertes Erneuerungskonzept erstellt. Darin war genau festgelegt, welche Gebäude erhalten werden sollten und wo neu gebaut werden sollte.



Prof. Michelis erläutert die „Flächenauswahl zum Modernisierungsprogramm“ von 1980.

sich nicht erhalten lassen, was modernisiert oder nur instandgesetzt werden kann, wo Flächen für Wohnungen ausgewiesen werden sollten und wo Platz für Kindergärten und Schulerweiterungen vorzusehen wären. Die Flächen für den sozialen Wohnungsneubau unmittelbar im Gebiet und in der Nachbarschaft bekamen besondere Bedeutung, damit die Betroffenen aus abbruchbedürftigen Wohnungen kommend tatsächlich im Stadtteil in neuen Wohnungen wohnen konnten. Für das Funktionieren dieser Aufgaben gab der Sozialplan wiederum den Rahmen, aber deren Umsetzung gelang mal wieder durch die gute Zusammenarbeit der am Sanierungsverfahren Beteiligten und derjenigen, die die Baumaßnahmen durchführten.

Der Bebauungsplan St. Georg 26 schafft Vertrauen und Sicherheit für Investitionen

Ganz entscheidend für den Erfolg bei der Durchführung der Sanierung war die vorausgegangene umfangreiche Abstimmung des Erneuerungskonzepts – hervorgegangen aus dem Rahmenplan St. Georg, aus dem heraus dann der Bebauungsplan St. Georg 26 entwickelt und politisch beschlossen wurde. Man könnte meinen, dieser Bebauungsplan wäre nur wegen der angestrebten städtebaulichen Entwicklung unumgänglich. Mitnichten, es kam ihm vielmehr eine besondere Bedeutung zu, die über der des Städtebaus stand: Dieser Bebauungsplan war vor allem eine sichere Grundlage dafür, Vertrauen in die Planung zu schaffen, denn das Vertrauen in die Zukunft des Stadtteils war völlig zerrüttet worden. Dieser Bebauungsplan stellte eine Vision für die Zukunft des Stadtteils dar, weil er signalisierte: „Mein Grundstück kann bebaut werden. Ich habe eine Sicherheit von der Stadt, dass das wirklich funktioniert. Mit den Zuschüssen und den öffentlichen Mitteln aus

dem Sanierungstopf kann ich wirklich etwas erreichen.“ Auf dieser Rechtgrundlage ist auch Vieles erreicht worden. Diese Erfahrung lehrt, welche Bedeutung ein Bebauungsplan haben kann, um sowohl physisch als auch psychologisch, trotz aller Widrigkeiten, mit den gesteckten Zielen im Stadtteil planerisch voranzukommen.

Dazu ein Beispiel: Das Fachwerkhaus aus dem 18. Jahrhundert in der Langen Reihe 32 war durch die jahrelange Nutzung als Reinigung verrottet und drohte zu verfallen. Durch die Unterschutzstellung als Denkmal und die Sicherung des Gebäudes im Bebauungsplan sowie durch Übernahme wesentlicher unrentierlicher Sanierungskosten konnte der Eigentümer von der Rettung des Hauses überzeugt werden. Heute stellt dieser Architekturschatz in der Langen Reihe ein baukulturelles Zeugnis aus der frühen Bebauung der Vorstadt St. Georg dar.

Andere Sanierungsmaßnahmen konzentrierten sich auf die Wiedernutzung von Innenhöfen nach dem Abbruch von überalterten Gewerbehöfen und miserablen Wohngebäuden. Das Beispiel Lange Reihe 43 zeigt, wie neue Einzelhandelsflächen zusammen mit neuen Wohnungen, Dachbegrünungen auch für den Spielplatz einer Kita neue städtebauliche Qualitäten für den Stadtteil schaffen.

Ohne Probleme konnte kein Stadtteil saniert werden. Aber die Probleme mussten gelöst werden, auch die der sozialen Konflikte mit heftigen Bürgerprotesten besonders im Schanzen- und Karolinenviertel. Aber sind nicht Geduld und Einfühlungsvermögen und der persönliche Einsatz der Verantwortlichen bis heute durch die erfolgreiche Erneuerung dieser lebendigen und inzwischen lieb gewonnenen Stadtteile gerechtfertigt?



Das Fachwerkhaus in der Langen Reihe 32 konnte vor dem Verfall bewahrt werden.



SENATORIN DR. DOROTHEE STAPELFELDT

50 JAHRE STÄDTEBAUFÖRDERUNG IN HAMBURG: EIN ÜBERBLICK

Das Städtebauförderungsgesetz 1971 markierte, wie von Prof. Michelis dargestellt, einen politischen Umbruch: weg von der Flächensanierung hin zur behutsamen Stadterneuerung. Der Blick der Städtebauförderung richtete sich außerdem weniger auf einzelne Gebäude als auf die Entwicklung ganzer Quartiere. In Hamburg wurden so große Teile der innerstädtischen Altbauquartiere behutsam erneuert. Und wenn man sich andere Städte anschaut, weiß man diesen Wert zu schätzen.

Hamburg wurde früh mit eigenen Programmen aktiv

Bereits zu dieser Zeit richtete Hamburg ergänzend zur Bund-Länder-Städtebauförderung ein eigenes Landesprogramm ein, um mehr Quartiere fördern zu können und dem Erneuerungsbedarf gerecht zu werden: die „Stadterneuerung in kleinen Schritten“, kurz „SikS“. Mit diesem Landesprogramm konnten auch kleine Altbauquartiere die dringend erforderliche Sanierung erfahren – mit umfassendem Erfolg für die Quartiere, ihre Bewohnerinnen

und Bewohner sowie die städtebaulichen Qualitäten der Stadt. Dies zog naturgemäß nach sich, dass diese Altbauquartiere immer beliebter wurden und die Verdrängung der ansässigen Bevölkerung durch steigende Mieten im Zusammenhang mit Luxusmodernisierungen drohte. Um dem entgegenzuwirken, war in den 1990er Jahren geplant, im Anschluss an das Sanierungsverfahren eine Soziale Erhaltungsverordnung für das Gebiet zu erlassen, um die Bewohnerinnen und Bewohner vor Verdrängung zu schützen. So wurden Mitte der 1990er Jahre für drei Gebiete Soziale Erhaltungsverordnungen erlassen. Nur eine Verordnung „überlebte“ sozusagen die politische Dekade zwischen 2001 bis 2011. Erst ab 2011 gewann das Instrument wieder an politischer Bedeutung. Heute sind die Hamburgerinnen und Hamburger in 16 Gebieten durch Soziale Erhaltungsverordnungen vor Verdrängung geschützt.

Soziale Herausforderungen in Großwohnsiedlungen

Die Historie der Städtebauförderung setzte sich

fort in den 1980er Jahren: Nun rückten die jüngeren Großwohnsiedlungen mit ihren sozialen Herausforderungen in den Fokus. In den 1960er und 1970er Jahren war es darum gegangen, modernen und bezahlbaren Wohnungsbau für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen. Dazu entstanden in den äußeren Hamburger Stadtbezirken mehrere Großwohnsiedlungen für zum Teil 10.000 bis 20.000 Menschen. Diese Siedlungen gingen aus Architektur-Wettbewerben hervor und folgten den damaligen städtebaulichen Leitbildern der funktional gegliederten und aufgelockerten Stadt. Aus heutiger Sicht betrachtet ist das natürlich anders zu bewerten als damals. Aber damals war dieses Leitbild fundiert in der Charta von Athen aus dem Jahr 1933. Das war avantgardistischer Städtebau, also nicht rückwärtsgewandt, sondern nach vorne – moderner Städtebau, der in ganz Europa und darüber hinaus international umgesetzt worden ist. Ich glaube, man muss sich immer, wenn man über diese gegliederte und aufgelockerte, damit auch autogerechte Stadt redet, noch einmal vergegenwärtigen, dass diese avantgardistischen Ideen der Moderne aus negativen Erfahrungen mit den sehr beengten und insgesamt schlechten Wohnverhältnissen früherer Zeiten herrührten.

Allerdings wurde bereits in den 1980er Jahren deutlich, dass es in den damals noch jungen Großwohnsiedlungen Mängel und Entwicklungsbedarf gab, und zwar nicht mehr allein im Hinblick auf die

bauliche Sanierung der Gebäude. In den Großwohnsiedlungen lebten häufig Menschen in einer schwierigen sozialen Situation: Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, Sprachdefizite, Bildungsprobleme und Isolation prägten das Leben vieler Menschen in den Großwohnsiedlungen. Dazu kamen in diesen Gebieten unzureichende Freiflächen, ein wenig ansprechendes Wohnumfeld und eine mangelnde soziale Infrastruktur. Deswegen richtete sich der Blick zunehmend auf die soziale Entwicklung der Stadtteile. Beispiele hierfür sind die Großwohnsiedlungen Neuwiedenthal und Kirchdorf-Süd.

Sozialen Ausgleich in der Stadt stärken

Als Reaktion auf diese Probleme rief die Stadt 1990 das „Hamburger Revitalisierungsprogramm“ ins Leben. Neue Gemeinbedarfseinrichtungen und Begegnungsräume sollten die Eigenkräfte insbesondere in den Großwohnsiedlungen und den sozialen Ausgleich in der Stadt stärken. Zugleich sollten bauliche Verbesserungen der Wohnungen die Lebensverhältnisse dort verbessern und die Fluktuation der Mieterschaft reduzieren helfen – ein umfangreiches Vorhaben, das aber mit einem Vorteil einherging: Anders als in den innerstädtischen Altbaugebieten mussten in den Großwohnsiedlungen nicht die Interessen einer Vielzahl von Einzeleigentümerinnen und -eigentümern unter einen Hut gebracht werden. Deswegen konnte auf das aufwändige Instrumentarium eines Sanierungsverfahrens weitgehend

Soziale Themen im Fokus



Soziale Infrastruktur
(Lenzsiedlung)



Nachbarschaftsgärten (Neuwiedenthal)



Pförtnerlogen (Kirchdorf-Süd)

verzichtet werden. Als Beispiel hierfür kann die Lenzsiedlung dienen, die ab Mitte der 1970er Jahre in Eimsbüttel entstand. Sie steht bis heute vor Herausforderungen, die wir in den nächsten Jahren auch angehen werden. Nachdem die soziale Entmischung über die Jahre zu Problemen im Zusammenleben geführt hatte, wurde die Lenzsiedlung 1990 in das damalige „Revitalisierungsprogramm“ aufgenommen. Das Bürgerhaus Lenzsiedlung wurde als neuer Quartiersmittelpunkt errichtet. Auch die Wohnumfelder wurden attraktiver gestaltet, zum Beispiel durch Nachbarschaftsgärten, wie in Neuwiedenthal. Die soziale Infrastruktur wurde verbessert und Hausbetreuerlogen wurden eingerichtet, wie beispielsweise in Kirchdorf-Süd. Solche Logen in den Hauseingängen trugen und tragen dazu bei, Nachbarschaften zu stabilisieren, mehr Sauberkeit zu gewährleisten und auch das Sicherheitsgefühl zu steigern. Darüber hinaus erhalten langzeitarbeitslose Menschen ein Beschäftigungsangebot.

Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik erweitern Instrumentarium

Ab 1994 nahm Hamburg mit dem „Armutsbekämpfungsprogramm“ noch stärker jene Gebiete in den Blick, in denen es geringe Teilhabechancen für viele Menschen gab. Dieses ging mit dem Gefühl der Perspektivlosigkeit einher. Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik wurden wichtige Bestandteile der Stadtteilentwicklung. In acht Pilotgebieten wurden beispielsweise Netzwerke von kleinen und mittleren Unternehmen initiiert, Existenzgründungen gefördert und öffentlich geförderte Beschäftigungen angeboten. Zunehmend wichtig wurde das Quartiersmanagement vor Ort – für uns heute selbstverständlich, aber damals noch aufzubauen. Ein Quartiersmanagement, das die Beteiligten mit ihren unterschiedlichen Interessenlagen und kulturellen Hintergründen zusammenbrachte.

1998 fasste Hamburg die verschiedenen Landesprogramme und das „Sanierungsprogramm“ der Städtebauförderung zum Programm „Soziale Stadtteilentwicklung“ zusammen. Das Programm „Soziale Stadtteilentwicklung“ war damit ein Vorläufer des heutigen „Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung“ – kurz RISE. Mit diesem Ansatz, die Quartiere ganzheitlich in den Blick zu nehmen und zugleich die verschiedenen Fachressorts

einzubinden, nahm Hamburg bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

Im Jahr darauf, 1999, formulierte das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ bundesweit das Ziel, die Lebenssituation in Quartieren mit besonderem sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklungsbedarf durch einen integrierten Ansatz zu verbessern.

Ein beispielhaftes Projekt zur Selbsthilfe und Stärkung der Mitbestimmung vor Ort ist die Stadtteilküche „Pottkieker“ auf dem Dulsberg. Dulsberg entstand in den 1920er Jahren als Wohngebiet unter der Leitung des damaligen Oberbaudirektors Fritz Schumacher. Ende der 1980er Jahre gehörte der traditionelle Arbeiterstadtteil zu den ärmsten Hamburgs. Eine der Reaktionen darauf war die Stadtteilküche Pottkieker, die seit 1994 gering qualifizierten Menschen Arbeit bietet. Sie ist bis heute ein beliebter Treffpunkt mit günstigen Mahlzeiten für Menschen mit geringem Einkommen.

Gewerbeflächen und Einzelhandelsstandorte rücken in den Fokus

Die 2000er Jahre stellten die Stadtteilentwicklung vor neue Aufgaben. Durch den Strukturwandel fielen Gewerbeflächen brach, Einzelhandelsstandorte verloren ihre Attraktivität – wir kennen das heute unter ganz anderen Bedingungen. Die Lebensbedingungen in einzelnen Stadtteilen wurden schwieriger. Um dem zu begegnen, wurde 2004 die Städtebauförderung um das Programm „Stadtumbau West“ ergänzt. Fünf Jahre später wurde 2009 außerdem das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ auf alle Bundesländer ausgeweitet, um den besonderen Charakter historischer städtebaulicher Ensembles zu erhalten.

Beispiele hierfür sind der Harburger Binnenhafen und die Schlossinsel. Der Harburger Binnenhafen war lange das wirtschaftliche Herz Harburgs und die Schlossinsel ist der historische Kern der ehemals unabhängigen Stadt. Seit den 1970er Jahren ist der Harburger Binnenhafen durch eine vielbefahrene Straße und eine Eisenbahnlinie vom Harburger Zentrum abgetrennt und hatte inzwischen auch wirtschaftlich seine Funktion weitgehend eingebüßt. Auf der Schlossinsel entstand – gefördert durch das Programm „Stadtumbau West“ – ein attraktives

Gewerbe- und Hafenbrachen als Motor der Quartiersentwicklung



Harburger Binnenhafen



Harburger Binnenhafen (Zitadellenbrücke)



Harburger Binnenhafen (Schlosspark)

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt – 50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg

Seite 6



Hamburg

Gebiet mit gemischter Nutzung. Dazu wurden ein Park mit Wasserzugang und die Uferpromenade neu angelegt sowie rund 200 Wohnungen gebaut.

Mit dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ wurde die historische Bausubstanz erhalten, ein Fachwerkspeicher zu einem Kulturkaufhaus umgebaut und denkmalgeschützte Gebäude wurden instandgesetzt. Heute bilden der Harburger Binnenhafen und die Schlossinsel ein lebendiges Wohn- und Arbeitsquartier mit modernen Bürogebäuden. Und für diejenigen, die lange in der Bürgerschaft waren, kann ich sagen, dass uns die entsprechenden Haushaltstitel gerade zu diesem Thema über Jahrzehnte begleitet haben. Das heißt, es braucht auch eine gewisse Zeit, um solche Prozesse tatsächlich positiv zu entwickeln, aber dann auch abzuschließen.

Hamburgs Quartiere lebenswert machen

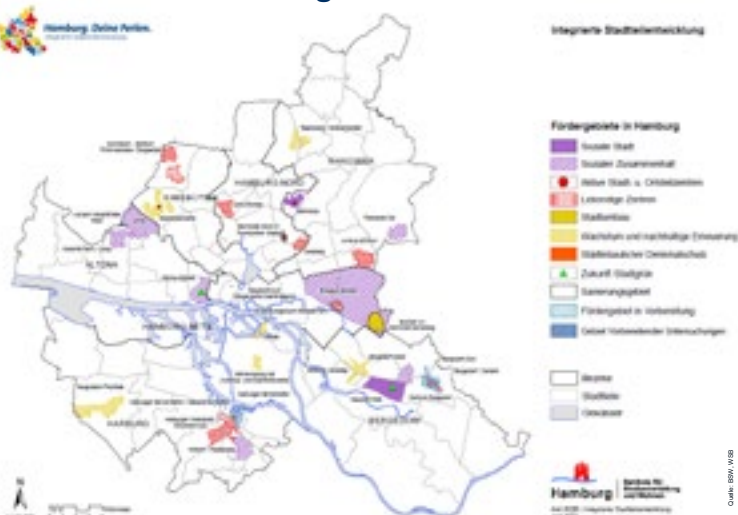
2007 startete die „Initiative Lebenswerte Stadt Hamburg“. Sie unterstützte quartiersbezogene Projekte, stärkte die Familien, schaffte Bildungschancen für Kinder und Jugendliche und förderte die Gesundheit der Menschen vor Ort. Beispielsweise entstand in Barmbek-Süd in den 2000er Jahren auf dem ehemaligen Gelände des Krankenhauses Eilbek das Parkquartier Friedrichsberg mit 350 neuen Wohnungen. Damit kamen auch mehr Familien in den Stadtteil und die Infrastruktur gerade für Familien wurde ausgebaut.

2008 wurde die Städtebauförderung um das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ ergänzt. Unwirtlich gewordene Einkaufsstraßen oder Zentren, die einen Stadtteil unattraktiv machen und zu einer Abwärtsspirale führen können, werden aufgewertet und die Versorgungsstrukturen im Quartier verbessert. Ein Beispiel dafür, wie die Zentren als Standorte für Wirtschaft und Kultur und als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben gestärkt wurden, ist die Umgestaltung der Fuhlsbüttler Straße und des Bert-Kaempfert-Platzes am Museum der Arbeit. Er wurde für die Nutzung als Marktplatz und Veranstaltungsort hergerichtet. Das angrenzende Stadtteilkulturzentrum Zinnschmelze wurde saniert und mit einem Anbau erweitert. Die grundlegend umgestaltete Fuhlsbüttler Straße ist heute eine Flaniermeile. Zusammen mit dem neuen Museumsquartier bildet sie ein neues Zentrum für Barmbek mit Geschäften, Restaurants und Kulturveranstaltungen und insgesamt hoher Aufenthaltsqualität.

Das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung fördert lebendige, stabile Quartiere

Aufbauend auf den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben wir als einen neuen und wirklich großen Schritt ab 2009 in Hamburg ein gemeinsames Dach für die verschiedenen Programme der Städtebauförderung und der Hamburger Landesprogramme errichtet: das „Rahmenprogramm

27 Quartiere werden mit RISE gefördert



Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt – 50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg

Seite 10



Integrierte Stadtteilentwicklung“, kurz RISE. RISE fördert lebendige, stabile Quartiere und führt dazu auf Quartiersebene in den Integrierten Entwicklungskonzepten die verschiedenen Fachressorts zusammen. Öffentliche Ressourcen werden erfolgreich gebündelt. Damit ist RISE bundesweit wegweisend für eine integrierte und Fachressort übergreifende Entwicklungsstrategie. Neben der Städtebauförderung werden Mittel anderer Fachressorts, der Bezirksämter, öffentlicher Unternehmen und EU-Förderprogramme eingesetzt. Auch private Akteure werden in die Finanzierung einbezogen. Im vergangenen Jahr hat Hamburg einen neuen Rekordwert bei der Bündelung der Mittel aus unterschiedlichen Fachressorts erreicht. In 27 Quartieren wurden rund 250 Projekte umgesetzt und hierfür insgesamt rund 62,3 Millionen Euro öffentliche Mittel eingesetzt, davon knapp 33 Millionen Euro RISE-Mittel.

Zum Jahr 2020 wurden die Programme der Städtebauförderung von Bund und Ländern weiterentwickelt. Die vielfältigen Förderaufgaben sind seitdem in drei Programmen unter neuen Überschriften zusammengefasst. Der städtebauliche Denkmalschutz ist nun ein Querschnittsthema und damit überall förderfähig. Die bestehenden RISE-Fördergebiete bei uns in Hamburg wurden in diese neuen Programme überführt. Damit wir mit der Integrierten

Stadtteilentwicklung genau dort ansetzen können, wo die größten Herausforderungen und Entwicklungsbedarfe bestehen, erfolgt die Auswahl der Gebiete seit 2010 unter anderem auf Grundlage des Sozialmonitorings. Die jährlich erhobenen Daten bieten uns eine wertvolle Orientierungshilfe beim frühzeitigen Erkennen unterstützungsbedürftiger Quartiere.

Beteiligung der Menschen und Institutionen im Quartier

Im Mittelpunkt der Integrierten Stadtteilentwicklung stehen die Menschen, die im Quartier leben und arbeiten. Alle Bevölkerungsgruppen – insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund – sollen von Beginn an in die Quartiersentwicklung einbezogen werden. Daher gibt es in den RISE-Fördergebieten vielfältige Angebote zur Information und Mitwirkung. Herzstück der Beteiligung sind die Stadtteil- und Quartiersbeiräte. Vertreterinnen und Vertreter der Bewohnerschaft, lokaler Einrichtungen und Organisationen sowie der Gewerbetreibenden und Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer tauschen sich über aktuelle Fragen, Probleme und Entwicklungen im Gebiet aus. Die Stadtteil- und Quartiersbeiräte werden eng in die Entwicklung von Konzepten und in die Planung neuer Projekte einbezogen. Ihnen stehen Mittel aus einem Verfügungsfonds zur Verfügung.

Beteiligen, aktivieren, gemeinsam gestalten



Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt – 50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg
Seite 13



Quartierszentren schaffen



Bildungszentrum Tor zur Welt (Wilhelmsburg)

Campus
Steilshoop



Barmbek°Basch



KörperHaus



Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt – 50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg
Seite 14



Daraus können kleinere Investitionen finanziert werden, wie zum Beispiel Stadtteilstefte, Kunstprojekte, Ferienprogramme oder Spiel- und Sportaktionen. Auch nach Ende der RISE-Förderung können die Bezirke die weitere Arbeit der Stadtteilbeiräte über den in den Bezirken zur Verfügung stehenden Quartiersfonds absichern.

Quartierszentren als Schlüsselprojekte für Gebietsentwicklung

Unsere Quartierszentren gehören zu den Schlüsselprojekten der Gebietsentwicklung. Sie sind Orte der Begegnung, die zur Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil beitragen, dem generations- und kulturübergreifenden Austausch dienen und auch die Eigeninitiative fördern. Das Bildungszentrum Tor zur Welt in Wilhelmsburg bietet verschiedene Bildungs- und Lernangebote für Kinder und Jugendliche unter

einem Dach. Ein freies Kindertheater hat hier feste Proberäume und ein Café dient als nachbarschaftlicher Treffpunkt. Das alles ist im Zusammenhang mit der IBA entstanden. Auch der Campus Steilshoop vereint schulische und nachbarschaftliche Nutzungen des Quartiers in einem Neubauensemble mit flexibel nutzbaren Räumen sowie einem Stadtteilbistro. Im Barmbek°Basch fanden verschiedene Einrichtungen unter einem Dach zusammen: die Bücherhalle, die AWO-Altentagesstätte, das Kinder- und Familienzentrum, das Kulturhaus Dehnhaide und die Kirchengemeinde Alt-Barmbek. Das KörperHaus, das jetzt jüngste Projekt, feierte Anfang 2021 Richtfest.

Als Gemeinschaftsprojekt des Bezirksamts Bergedorf und der Körper-Stiftung entsteht derzeit ein modernes kommunales Kultur- und Begegnungszentrum in der Innenstadt von Bergedorf.

Hamburg als lebenswerte Stadt zu bewahren und wo nötig zu verbessern, ist eine Daueraufgabe. Lebendige Quartiere bieten gute Wohnbedingungen, stabile Nachbarschaften, soziale Stabilität und Möglichkeiten für Freizeit, Bewegung, Naherholung und Begegnung. Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie seit dem vergangenen Jahr noch einmal verdeutlicht, wie wichtig das unmittelbare Wohnumfeld und das gemeinschaftliche Zusammenleben für die Lebensqualität sind. Entscheidend für die künftige Stadtteilentwicklung und auch für den Erfolg der Städtebauförderung wird es darum sein, wie sehr es uns gelingt, die nachbarschaftlichen Beziehungen in den Quartieren zu stärken und den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Das ist unsere Aufgabe, und die nehmen wir sehr ernst.



OONA HORX-STRATHERN

ZUKUNFTSBILDER UND DIE POST-CORONA-STADT

Ich möchte mit Ihnen einen Blick darauf werfen, wie wir leben und wie wir in Zukunft leben werden. Dabei möchte ich ein paar Trends genauer anschauen. Quartiere beschreibe ich gern als „Micropolis“. Denn ein Stadtteil ist mit einer großen Stadt verbunden und stellt kein abgeschlossenes System dar. Man kann diese Vernetzung als ein System innerhalb eines großen Systems verstehen. Das ist ein bisschen vergleichbar mit unserer „Megatrend-Map“. Diese ist als dynamisches System zu sehen: Es kommen immer neue kleine Trends dazu. Aus Trend und Gegentrend entstehen dann wieder neue Trends. Zum Beispiel die „Glocalisierung“ – das ist die Synthese aus Globalisierung und Localization. Oder auf einer persönlichen Ebene die „Flexitarier“. Das sind Menschen, die manchmal vegetarisch sind, aber ab und zu Fleisch essen.

Was wir im Moment erleben, ist ein großer Perspektivwechsel. Wir sind gezwungen, unsere Beziehung zur Natur und zum Quartier zu überdenken. Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplaner arbeiten intensiv daran, wie wir eine

andere Lebensqualität erlangen können. Was wir während der Pandemie in den Städten gesehen haben, war wie ein „Fast Forward“ in die Zukunft: weniger Autos, sauberere Luft. Da bekommt man ein anderes Bild davon, wie Stadt sein kann. Aber welche Megatrends sind für uns wichtiger geworden? Wo liegt der Fokus, wo müssen wir unsere Perspektive wechseln? Es geht sehr stark in Richtung Individualisierung. Weitere wichtige Trends sind z.B. die Urbanisierung, die Ökologie und die Konnektivität.

Individualisierung erzeugt Sehnsucht nach dem Wir

Einer der wichtigsten Trends in unserer Gesellschaft ist die Individualisierung. Wir beobachten seit Längerem, dass wir in einer sehr individualisierten Gesellschaft leben. Dazu gibt es natürlich auch einen Gegentrend. Die Überforderung durch diese sehr starke Individualisierung erzeugt eine Sehnsucht nach dem „Wir“. Aus dieser Dynamik entstehen neue Kulturtechniken. Wir haben über die letzten Jahre eine „Wir-Kultur“ entdeckt, eine Vernetzung, neue

Gemeinschaften. Man könnte sagen, je individualistischer wir werden, desto mehr brauchen wir die Unterstützung von anderen Menschen. Und natürlich ist uns dies in der Pandemie teilweise nur schwer gelungen. Aber wir haben dennoch gemerkt, wie wichtig das ist. In den letzten Jahren hat man die Entwicklung von Co-Kulturen gesehen: Co-Living, Co-Housing, Co-Working. Diese Kulturen sind aus dem Bedürfnis nach Konnektivität entstanden. Man sagt beim Co-Working auch: „People go there to make a life not just a living.“

Ich möchte mit Ihnen über Konnektivität auf verschiedenen Ebenen reden – wieder aus Sicht der Megatrends. Eigentlich denkt man bei Konnektivität: „Die muss irgendwie digital sein.“ Aber ich rede von etwas anderem. Die Soziologen sagen, dass wir alle ein Sozialbiom haben. Wir haben in unserem Körper ein Mikrobiom, das wie ein System für unsere Verdauung ist, eine Ökologie für sich. Man kann das auf die soziale Ebene unseres Lebens übertragen. Wir brauchen die Konnektivität zu unseren Partnerinnen und Partnern, zu unserer Familie, um eine gesunde soziale Ökologie zu haben. Wir brauchen diese Intimität. Wir brauchen Verbindungen zu unserer Nachbarschaft, zu unserem Quartier, zu unserer Stadt, zur Natur. Es gibt viele Ebenen. Und nur, wenn man diese alle beeinflussen, kontrollieren und verstehen kann, kann man eine gute psychosoziale Gesundheit entwickeln und erhalten. So entsteht eine gute Lebensqualität. Das ist natürlich nicht immer so einfach. Aber dazu kann ein Stadtquartier viel beitragen, glaube ich.

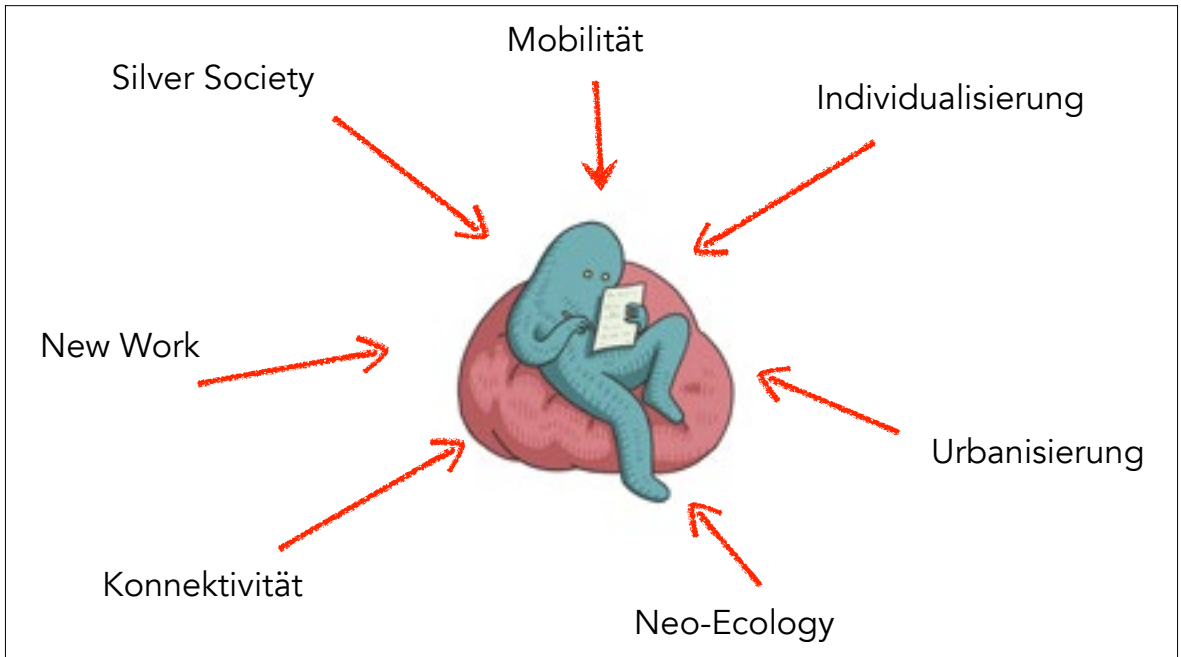
Wenn man auf der Ebene von Konnektivität zu Menschen anfangen will, könnte man sagen: „Wir haben dieses Paradox erlebt, dass wir getrennt werden mussten, um uns zusammen zu fühlen.“ In der Pandemie haben wir alle das Gleiche erlebt. Und dabei haben wir gelernt, wie man sich anders verbinden kann, zum Beispiel über Balkone. Es ist ein adaptiver Prozess, diese Konnektivität zu managen. Ich glaube, wenn man auf der sozialen Ebene einen Vorteil aus dieser Pandemie ziehen kann, ist es, dass wir offen über Einsamkeit reden können. Einsamkeit entsteht auch aus dieser individualisierten Gesellschaft. Aber Individualisierung ist nicht die Ursache. Man kann ganz glücklich allein leben. Wir haben viele Städte in Deutschland, die über 50 Prozent Single-Haushalte haben. Es wäre falsch zu sagen, dass allein leben schlimm ist. Ich vermisse es manchmal.

Das eigentliche Problem ist die soziale Isolation und da kann man auf verschiedenen Ebenen viel machen. Wir denken immer, dass wir durch die Digitalisierung doch sehr miteinander verbunden sind. Aber eigentlich entsteht dadurch für manche Leute mehr Einsamkeit. Jetzt ist es zumindest kein Tabuthema mehr und wir dürfen offen über Einsamkeit reden. Ich finde, das ist schon etwas, das positiv an dieser Krise ist.

Städte sind für Durchschnittspersonen gebaut

Ein weiterer dieser Megatrends ist die „Silver Society“, das heißt unsere „Aging Society“, in der wir in den nächsten 20 Jahren mehr ältere Menschen haben werden. Wir vergessen oft, dass die Städte eigentlich für Durchschnittspersonen gebaut sind. Wie ist das aber, wenn man nicht super mobil ist, wenn man eine Behinderung hat? Wir wissen aus der Sozialforschung, dass viele ältere Menschen Probleme mit der Mobilität haben. Wenn man die Mobilität verbessert, erhöht man damit auch die Lebensqualität.

Was kann man also machen, um eine „Age Friendly City“ zu werden? Damit die Menschen auch im hohen Alter mobil und glücklich sind? Manchmal sind es schon kleine Eingriffe, die helfen können. Es gibt ein Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation WHO, in dem 850 Städte weltweit Mitglied sind. Dort werden kleine und große Ideen ausgetauscht. Ich finde, man kann viel von den skandinavischen Ländern lernen, wenn es um Stadtplanung geht. Der dänische Stadtplaner Jan Gehl hat uns da sehr inspiriert. Und es gibt ein schönes Beispiel aus Schweden: Um der stark verbreiteten Einsamkeit bei jungen und älteren Menschen zu begegnen, versucht man im dem Wohnprojekt Sällbo Living in Helsingborg beide Gruppen zusammenzubringen. In dem Wohnprojekt leben 72 Menschen. 50 Prozent davon sind unter 25 Jahre alt, 50 Prozent über 70. Und im Mietvertrag steht, dass man zwei Stunden pro Woche miteinander verbringen muss. Sonst fliegt man raus. Es ist ein sehr gewagtes Sozialexperiment, aber es ist gelungen. In Schweden soll es künftig mehr solcher Projekte geben. Das Interessante: In so einer Gemeinschaft muss man trotzdem die Individualität bewahren. Die Beteiligten arbeiten daran, dass man viel Privatraum hat, aber eben auch Begegnungsräume, in denen man zusammenkommt. Das finde ich einen sehr klugen Gedanken.



Ebenfalls eine Reaktion auf die Individualisierung und ihren Gegentrend ist das sogenannte vertikale Dorf. Dazu gehören Wohnprojekte, die die Vorteile eines Dorfs in der Vertikale nachbauen wollen. Viele Städte müssen in die Vertikale bauen. Wie kann man aber trotzdem die gute Nachbarschaft, die Konnektivität bewahren? Dazu gibt es viele Projekte in Wien, eines heißt Sieben-Stock-Dorf. Dort versuchen die Menschen unter dem Motto „Individualität in Gemeinschaft“ zu leben. Und ich glaube, dass wir wegen dieses Bedürfnisses nach Konnektivität außerhalb unseres Privatraums in Zukunft viel größere Nachfrage nach Wohnraum und nach Quartieren haben werden, die nicht mehr von der Quadratmeterzahl gesteuert ist, sondern von der Qualität der Shared Spaces, die ein Wohngebäude bietet. Wo kann ich mit anderen Menschen Zeit verbringen? Was gibt es für Dienstleistungen? Man denkt nicht mehr so viel über private Quadratmeter als Statussymbol nach, sondern darüber, was die Gegend, das Quartier oder das Wohnprojekt bieten.

Konzept der Zukunft: 15-Minutes-City

Jetzt kommen wir zu einer anderen Ebene, der Konnektivität zur Nachbarschaft im öffentlichen Raum. Wir haben alle dieses Bedürfnis nach oder teilweise den Mangel an öffentlichen Plätzen gefühlt, als wir während der Pandemie nicht rausgehen durften. In

dieser Zeit haben viele Städte erlebt, wie schwer es ist, wirklich gut funktionierende Plätze anzubieten. Und da sehe ich wieder diesen „Fast-Forward-Effekt“, dass man merkt, daran müssen wir arbeiten. Es ist kein Zufall, dass jetzt die sogenannte „15-Minutes-City“ in den Fokus rückt. Dahinter steht die Idee, dass man in jedem Quartier einer Stadt alle Dienstleistungen immer innerhalb von 15 Minuten erreichen kann – zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Das ist auch gerade der Plan der Bürgermeisterin Anne Hidalgo in Paris. Sie versucht, die Quartiere so aufzubauen, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb von fünfzehn Minuten alle wichtigen Dienstleistungen und einen Park erreichen können. In Paris müssen natürlich alle eine Boulangerie für das tägliche Baguette oder Croissant erreichen können. Aber es geht auch darum, dass man die lokalen Behörden, Ärzte oder einen Sportplatz erreichen kann. Orte, wo man diese Konnektivität aufbauen kann, die wichtig für die Nachbarschaft geworden ist.

Es gibt Städte, die denken sogar noch ein bisschen weiter. In Schweden gibt es ein Programm, in dem von der „One-Minute-City“ die Rede ist. Das heißt, in einer Minute kommt man von zu Hause aus zu einem öffentlichen Ort, wo man sitzen oder andere Menschen treffen kann, oder vielleicht zu einem Spielplatz, einem Fitnessstudio. Das Programm in Schweden heißt „Street Moves“. Hierfür arbeiten

das Swedish National Center for Architecture und die Swedish National Innovation Agency zusammen. Sie beteiligen auch die Nachbarschaften, machen Umfragen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern. Es geht dabei nicht um viel Geld, nicht um viel Platz, sondern um kleine Ideen und „Pinpricks“, punktuelle Eingriffe. Street Moves stellt ein modulares System von Stadtmöbeln zur Verfügung, die an einem beliebigen kleinen Ort, beispielsweise auf zwei Parkplätzen, installiert werden und darüber hinaus modular erweitert werden können. Sie übernehmen verschiedene Funktionen wie Bank, Tisch oder Abstellmöglichkeit für E-Bikes, je nachdem, was die Nachbarschaft braucht, wofür sie sich entschieden hat. Es geht teilweise auch um einen Garten, in dem man zusammenkommen kann, oder um Ladestationen für E-Mobilität.

Die Module sind sehr flexibel und lassen sich adaptieren, egal wie viel Platz zur Verfügung steht oder wo man sich befindet. Und das Gute ist, dass das einen „Human Scale“, etwas Begreifbares hat. Das Ganze sind auch ziemlich Low-Cost-Maßnahmen, es geht ja um kleine Eingriffe. Es geht um Kooperation, die Menschen sind gefragt: Was wollen sie? Was würde dieser Gegend einfach guttun? Ziele sind eine bessere Lebensqualität auf der Straße, mehr Lebendigkeit, gesunde Luft und, dass mehr Menschen raus aus ihrer Wohnung kommen. Das gilt

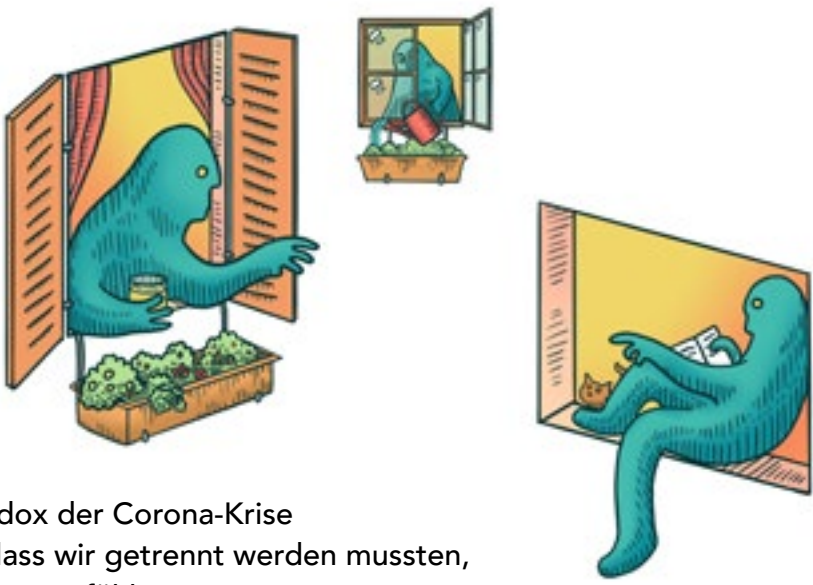
besonders da, wo ältere Menschen leben oder Menschen, die sich nicht trauen auf die Straße zu gehen. Bei der One-Minute-City muss man keine Sorge haben, dass man zu weit gehen muss, um Konnektivität zu anderen Menschen und zur Nachbarschaft herzustellen.

Friendship Benches fördern die Kommunikation

In England gibt es auch ein paar interessante lokale Ideen, z.B. „Friendship Benches“. Das ist auch wieder ein Low-Cost-Vorhaben und dennoch bringt es die Menschen zusammen: In diesem Fall in einem kleinen Garten mit einem Sitzplatz. Hier geht es auch um die Verbindung zur Natur. Kleine Eingriffe können also eine große Wirkung haben. In Amerika gibt es einen ähnlichen Ansatz. Um Einsamkeit und Depression entgegenzuwirken, installiert man dort gelbe Bänke, die signalisieren, dass man bereit ist, mit anderen Menschen zu reden. Das Motto lautet: „One hello can save a life. Talk about mental health.“ Diese Projekte gab es zwar schon vor der Pandemie. Aber vielleicht gibt es jetzt einen neuen Push, dass wir mehr von solchen Programmen bekommen.

Ein weiteres interessantes Beispiel stammt aus einem Einkaufszentrum in Schottland, in dem es fast nirgendwo Platz zum Sitzen gab. Für manche Leute

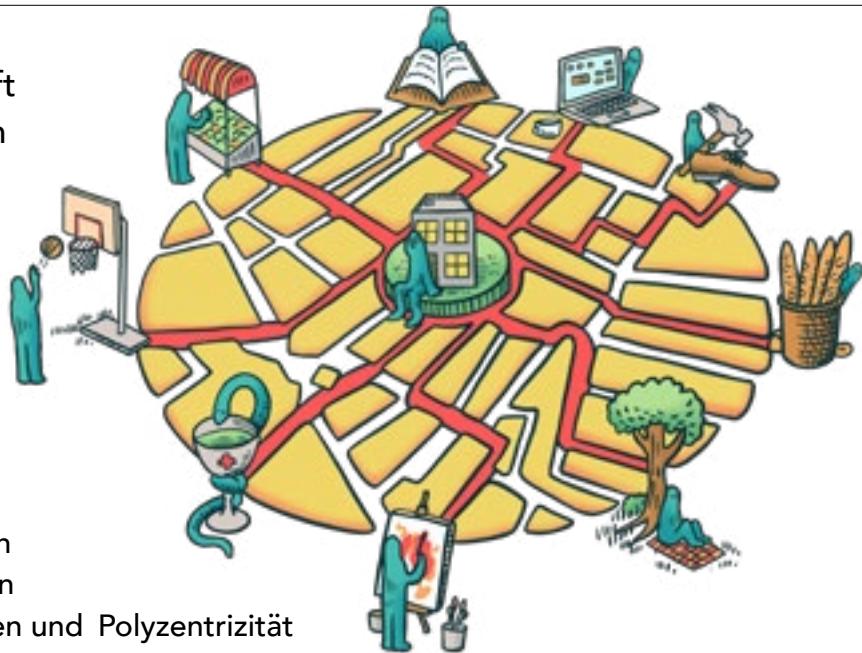
**Konnektivität
zu Menschen**



Das große Paradox der Corona-Krise besteht darin, dass wir getrennt werden mussten, um uns zusammen zu fühlen.

Konnektivität zu Nachbarschaft und öffentlichem Wohnraum

Covid-19 zeigt den enormen Bedarf an öffentlichen Plätzen und Polyzentrität



ist ein Einkaufszentrum aber einfach ein Ort, wo sie das Gefühl haben, unter Menschen zu sein. Letztendlich finden sie dort aber gar keine Verbindung zu anderen Menschen. In Schottland hat man nun sogenannte „Chatty Chairs“ hingestellt. „Chatty“ wie „quatschen“. Wenn man da sitzt, signalisiert man auch wieder, dass man bereit ist, mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen.

Urban Acupuncture – kleiner Stich, große Wirkung

Bei diesen Projekten geht es im Prinzip um etwas, das man in der Stadtplanung „Urban Acupuncture“ nennt. Das ist ein Begriff, den Jaime Lerner, Bürgermeister von Curitiba, geprägt hat. Urbane Akupunktur kann man genauso wie die medizinische Akupunktur so verstehen, dass man mit einem kleinen Stich große Wirkungen erzielen kann. Lerner sagt: „Manchmal kann eine simple, fokussierte Intervention neue Energie erzeugen. Sie demonstriert die Möglichkeiten eines urbanen Raumes in einer Art und Weise, dass sie Andere motiviert, in ihrer Gemeinschaft aktiv zu werden.“

Hamburg ist nicht Caracas. Aber eine Idee von dort will ich trotzdem als Beispiel nennen. Man hat ein Fitnessstudio in der Mitte eines Slums gebaut. Das hat eine große soziale Wirkung entfaltet. Die Gangs, die vorher nur auf der Straße gekämpft und mit

Drogen gedealt haben, wollten dort trainieren und Teams aufbauen. Es herrschte plötzlich eine ganz andere Stimmung, eine ganz andere Energie in diesem Stadtteil durch diesen kleinen Stich von „Urbaner Akupunktur“.

Und die Akupunktur muss nicht permanent sein. Es kann auch etwas Temporäres sein, kann auch ein Straßenfest sein, das die Menschen zusammenbringt. Bei einem Beispiel aus Aarhus, Dänemark, kann man dieses Prinzip auch sehen. Aarhus hat zu wenige Bäume. Die Idee war, für einen Sommer einen Wald in die Stadt zu bringen. Viele Menschen waren dagegen, weil sie nicht mehr wie gewohnt durch die Straßen fahren konnten. Das Projekt wurde dennoch umgesetzt, und zwar mit großem Erfolg. Es kamen viele Menschen, um teilzuhaben, auch abends. Dänemark hat ähnliches Wetter wie Hamburg, aber das hat die Leute nicht abgehalten. Das Projekt hat eine große Lebendigkeit in dieses Quartier gebracht und als es wieder abgebaut werden sollte, hätten es viele Menschen am liebsten behalten. So ist das manchmal mit den temporären Lösungen.

Man denkt oft, dass diese Eingriffe in soziale Orte oder öffentliche Räume Platz brauchen. Aber es geht auch über die Verkehrswege. Wir kennen viele Beispiele in verschiedenen Ländern, wo wir gesehen haben, wie man Mobilitäts- oder Verkehrswege umbauen kann. So hat man es in Seoul mit einer alten Autobahn gemacht, wo die Leute heute spazieren

gehen können. Das klassische Beispiel, das wir alle kennen, ist die High Line in New York. Das ist eigentlich ein Mobilitätsweg, der dann aber zu einem Ort des Sozialen geworden ist. Das ist natürlich auch eine Touristenattraktion.

Jeder sollte aus seinem Fenster einen Baum sehen

Wir haben auch in der Pandemie gesehen, wie sehr wir die Verbindung zur Natur verloren haben und wie wichtig diese ist. Es gibt Städte, die sich fragen, wie man dieses Problem in den Quartieren angehen kann. Zum Beispiel gibt es in den USA ein Netzwerk von 300 Städten, die eine „10-Minutes-Challenge“ ausgerufen haben. Das heißt, alle Bewohnerinnen und Bewohner müssen innerhalb von zehn Minuten zu Fuß einen Park erreichen können. Zehn Minuten können ziemlich lang sein, besonders wenn man ein bisschen älter und nicht mehr so mobil ist. In Vancouver gibt es das Ziel, dass 92 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb von fünf Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad einen grünen Ort erreichen können. Das ist eine echte Herausforderung für ein Quartier und ein Ansatz, den ich sehr gut finde. Für diese Verbindung zu Natur und Umwelt gibt es auch das schöne Beispiel Frederiksberg/Kopenhagen. Der Bürgermeister hat als Ziel formuliert, dass jeder Haushalt, egal in welchem Gebäude, von seinem Fenster aus einen Baum sehen können muss. Es gibt eine Zusage, dass man – sollte es noch nicht so sein – dies den Behörden mitteilen kann und dann eine Lösung gefunden wird.

Lebensqualität im Quartier entsteht aus Beziehungen

Man könnte fragen, was die wahre Aufgabe eines Quartiers ist. Es ist schwierig, das auf den Punkt zu bringen. Es geht um Beziehungen – zu den Nachbarn, zu uns selbst, zur Natur, zur Stadt. Wir werden nach der Pandemie nicht wieder zur alten Normalität übergehen. Wir haben einen anderen Blick, neue Gewohnheiten, eine neue Perspektive bekommen. Ich glaube, durch diesen Perspektivwechsel, bei dem wir anders über die Zukunft unserer Stadt nachdenken konnten, brauchen wir jetzt vielleicht andere Rollen, andere Jobs. Ich habe in Stockholm eine Frau kennengelernt, die dort ein Co-Living-Programm umgesetzt hat. Ihr Job hieß „Chief Happiness Officer“. Sie war keine Concierge, sie war keine

Hausmeisterin, sie war keine Community Managerin. Sie hatte zwar eigentlich alle diese Funktionen, aber mit einem neuen Jobtitel. Und es war ihre Aufgabe, die Lebensqualität der Menschen zu steigern. Die Bewohnerinnen und Bewohner konnten mit all ihrem Kummer zu ihr kommen.

Es gibt auch viele Städte, die die Funktion eines Chefarchitekten oder eines Chefdesigners haben. Besonders in den skandinavischen Ländern sind das oft Frauen. Ich glaube, dieser Blick von Frauen auf die Stadt bringt andere Bedürfnisse zum Vorschein. Wir werden langsam verstehen, dass Männer und Frauen verschiedene Bedürfnisse in einer Stadt haben. In England gibt es mit Tracy Crouch eine Ministerin für „Loneliness“. Sie ist verantwortlich dafür, der Einsamkeit der Menschen abzuhelpen. Es wäre keine schlechte Idee, auch in einem Quartier eine Ministerin oder einen Minister für Loneliness zu haben, der vielleicht so etwas wie die 1-Minute-Stadt-Ideen entwickeln kann. Es gibt in Kopenhagen einen „Junior Cycle Mayor“, also eine Junior-Bürgermeisterin fürs Fahrradfahren. Sie ist neun Jahre alt, geht durch die Schulen und unterrichtet, wie man besser und sicherer mit dem Fahrrad zur Schule kommen kann. Auch eine Ministerin oder ein Minister für „Age Friendliness“ wäre eine Idee für eine „Age Friendly City“. Und vielleicht könnte auch eine Ministerin oder ein Minister für „Urban Acupuncture“ wichtig sein.

Soziale Smartness in der Stadt der Zukunft

Wenn man das alles zusammenbringen will, bleibt die Frage: Worauf müssen wir uns fokussieren? Ich glaube, wir müssen uns mehr auf den öffentlichen Wohnraum konzentrieren, auf diese Idee von Hyperlokalität, dass man in der Stadtplanung von der „Monocentric City“ wekommt, hin zu einer polyzentrischen Stadt. Auch die soziale „Smartness“, man redet von der smarten Stadt der Zukunft, ist wichtig. Die Fokussierung auf die Digitalisierung ist eine zu starke Überbetonung. Denn Digitalisierung ist eigentlich nur ein Tool. Wie die Soziologin Saskia Sassen sagt: „The real smartness is with the people.“ Diesen Gedanken kann man wirklich gut nutzen. Ich habe neulich einen Vortrag von einem Stadtplaner gehört, der darauf bestanden hat, dass ein gutes Quartier ein Element von lebendigem Chaos hat. Das schreckt viele erst einmal ab. Aber ich finde, es geht um die Lebendigkeit eines Quartiers.



OBERBAUDIREKTOR FRANZ-JOSEF HÖING

WIE ENTWICKELN WIR HEUTE DIE STADT?

Von mir als Oberbaudirektor der Stadt Hamburg erhofft man sich häufig das Berichten über strahlende Projekte, die über die Stadtgrenzen hinaus leuchten, viel heller als jeder Leuchtturm. Das mache ich auch mit großer Freude, und in der Tat reden wir oft über die besonders schillernden Bauvorhaben, die sich die Stadt vorgenommen hat. Gleichzeitig ist dies aber auch nur eine Facette von Stadtentwicklung.

Denn das Leben in dieser fantastischen Stadt Hamburg ist vielleicht an ganz anderen Orten zu Hause. An Orten, die weniger im täglichen Fokus stehen, die ein Stück weit Normalität mit sich bringen, die man sich noch leisten kann. Orte – ich sage dies jetzt ein bisschen prosaisch – an denen man leben und unbemerkt sterben kann. Orte, die vielleicht eine gewisse Sprödeheit an den Tag legen, wo wir Stadtplanerinnen und Stadtplaner manchmal auch ein bisschen hochnäsiger die Nase rümpfen. Um diese Orte müssen wir uns kümmern, sie werden in den nächsten 10, 20, 30 Jahren im Fokus der Stadtentwicklung stehen. Unser Umgang mit ihnen und das Gelingen der Dinge, die wir uns jetzt dort vornehmen, trifft eine sehr viel stärkere Aussage darüber, ob diese Stadt eine Zukunft hat oder nicht.

Wir nehmen die Ränder in den Fokus

Wir haben schon vor einigen Jahren gesagt, dass wir jetzt an die Ränder der Stadt gehen und diese wieder in den Fokus nehmen wollen. Deshalb beschäftigen wir uns mit den Magistralen und mit den Quartieren der 1950er bis 1970er Jahre, die so ganz schleichend in die Jahre gekommen sind. Diese Lagen, aus denen unsere Stadt in großen Teilen besteht, kommen aus der Nachkriegsära und haben eine ganz eigene Logik. Wenn man aber genauer hinschaut, schlummern in ihnen unglaubliche Qualitäten, die es zu entdecken gilt. Diese Orte verändern sich schleichend: Hier und da wird etwas abgerissen, da und dort wird etwas angebaut, hin und wieder wird etwas neu gestrichen, an den Rückseiten errichtet man rote Balkone – und in 30 Jahren haben wir wahrscheinlich alles einmal angefasst und nichts wäre besser als heute. Vielleicht wäre sogar das Gegenteil der Fall.

Deshalb haben wir uns in den letzten Monaten und Jahren intensiv und stichprobenartig mit ein paar dieser Lagen beschäftigt. Das ist eine Aufgabenstellung, bei der ich jedem, der behauptet, er hätte

eine fertige Antwort, nicht über den Weg trauen würde. Denn das sind Themen, an die wir uns ganz langsam heranarbeiten, wo wir offensiv und experimentell sein müssen. Es sind eben nicht nur die sehr prominenten Lagen, an denen wir etwas Besonderes machen wollen, sondern ganz im Gegenteil: Wir müssen an diesen Orten etwas Besonderes machen. Nicht pragmatisch, praktisch, gut – wie das von dem einen oder anderen auch gefordert wird. Das sehe ich überhaupt nicht so, wir müssen uns gerade in diesen Lagen unglaublich anstrengen! Auch, wenn dies Orte sind, an denen die Folgen unseres Wirkens erst einmal nicht besonders sichtbar und glamourös sind.

Konzepte für die Siedlungen der 1950er bis 1970er Jahre

Wir haben uns in den letzten anderthalb Jahren mit acht Genossenschaften und einer Stiftung – der Stiftung Alsterdorf – mit eben diesen Siedlungen der 1950er / 1960er und 1970er Jahre beschäftigt. Dazu haben wir 14 über die ganze Stadt verteilte Siedlungen nicht zufällig, aber doch sehr

pragmatisch ausgewählt. Dann haben wir Planerinnen und Planer aus Hamburg, aus Deutschland und darüber hinaus eingeladen und diese Aufgabenstellung formuliert: Wie müssen sich diese Siedlungen weiterentwickeln, so dass sie in 30 Jahren noch interessant sind?

Die beruhigende Ansage an die Genossenschaften und die Stiftung war, dass sie die entstehenden Ideen nicht morgen schon bauen müssen.

Dann haben wir gefragt, wie sich diese Siedlungen strukturell ergänzen lassen. Nicht so sehr unter dem Beuteschema „maximaler zusätzlicher Wohnungsbau“ – sondern mit den Fragen „Was brauchen diese Siedlungen zukünftig? Wie bleiben sie für die Leute weiter bezahlbar? Wie werden sie interessant? Wie kann man eine soziale Mischung befördern? Was braucht es an zusätzlichen Infrastrukturanangeboten?“ Denn viele dieser Lagen kranken ja daran, dass sie „nur“ aus Wohnungen bestehen.

Einige Planerinnen und Planer haben die Frage nach Ergänzung der zarten Siedlungsstrukturen hier und



Die Wohngebiete aus den 1950er bis 1970er Jahren sollen so weiterentwickelt werden, dass sie noch in 30 Jahren interessant sind.

da mit einem kühnen Entwurf von hohen Häusern beantwortet. Aber da können Sie ganz beruhigt bleiben, das wollen wir so nicht umsetzen. Uns interessiert vielmehr die Frage, wie diese Häuser dann möglicherweise von innen aussehen. Wie vielfältig ist ein Wohnungsangebot gerade in diesen Lagen? Was mache ich zusätzlich? Multipliziere ich das, was schon da ist oder versuche ich ganz bewusst, auch das nochmal anzureichern und für andere Gruppen der Gesellschaft interessant zu machen? Das haben wir ausgelotet und sind dabei der Frage nachgegangen, was „Genossenschaft“ eigentlich bis in den Grundriss hinein heißt.

Nicht nur bauen, sondern auch Freiräume weiterentwickeln

Es geht uns nicht nur um den großen Maßstab, sondern darum, sich mit diesen Siedlungen auf ihrer Maßstabsebene zu beschäftigen. Es gibt Lagen, in denen man hohe Häuser bauen könnte, durchaus dicht und markant. Dann wiederum gibt es Lagen, in denen es darum geht, in der zweiten oder dritten Reihe noch ein kleineres, zusätzliches Angebot zu machen. Und am Ende des Tages reden wir auch über Architektur. Nach wie vor bin ich der Meinung: Auch diese Orte haben es verdient, dass man sich anstrengt, was das Äußere und das Innere angeht!

Darüber hinaus geht es nicht nur um das Bauen, sondern auch um die Freiräume in diesen Siedlungen. Diese kommen teilweise ebenfalls sehr spröde daher. Wie muss man diese Orte weiterentwickeln, damit Qualitäten auch in den Außenräumen entstehen? Wie muss ich soziale Infrastruktur anreichern? Was gibt es an weiteren Vorstellungen von Wohnungsbau? Nicht jeder hört dies gern, aber ich glaube, da ist noch Luft nach oben.

Wieviel Potenzial schlummert insgesamt in diesen Siedlungen? In der Summe in dieser Stadt unglaublich viel. Und dabei rede ich nicht nur über Wohneinheiten, sondern über die Chance, diesen Siedlungen eine zweite oder dritte Perspektive zu geben. Hier und dort wurden etwas lieblos ein paar Zeilen ins Gras gestellt – die kann man nun wunderbar ergänzen, um zu räumlichen Qualitäten zu kommen, die man auf den ersten Blick dort gar nicht vermutet. Ich werbe dafür, sich die bestehende Stadt ganz genau anzuschauen und sie dann mit großer Leidenschaft

und Präzision weiterzudenken. Wir reden immer über teure Grundstücke und darüber, dass es nicht mehr möglich ist, guten Wohnungsbau zu machen. Aber in diese Bestandssituationen zu gehen, ist eine große Chance!

Wir werden da dranbleiben, wir sitzen den Genossenschaften weiter im Nacken – das ist jetzt ein Versprechen, keine Drohung – sich auch in Zukunft zu engagieren. Gleichzeitig haben wir mit der SAGA eine schlagkräftige große Wohnungsbaugesellschaft, mit der wir ebenfalls diskutieren, wie wir diese bestehenden Siedlungen weiterentwickeln wollen.

Gesamtplanung für die Horner Geest

In den letzten anderthalb Jahren haben wir ein tolles Verfahren für die gesamte Horner Geest umgesetzt, mit der Fragestellung, wie sich diese Bestände / diese öffentlichen Räume und deren Infrastruktur weiterentwickeln lassen. Wie Sie alle wissen, erweitern wir die U-Bahn dorthin und es entstehen zwei neue Stationen. Und weil ich ein absoluter Gegner von Briefmarken-Planungen bin, wo wir ein Sammelsurium von Einzelprojekten haben, ohne dass man eine Idee für das Ganze hat, nehmen wir uns die Horner Geest im Gesamten vor. Es war eine ziemlich ungewöhnliche Aufgabe, bei der wir zu Anfang auch nicht genau wussten, ob das eigentlich gut ausgeht. Es gibt nicht viele Beispiele dafür, in diesem Maßstab über solche Siedlungen nachzudenken und mit ganz langem Atem eine erste Idee zu entwickeln. Wenn man Fotos der Horner Geest betrachtet, mögen die Häuser ein bisschen uninspiriert aus den Baumkronen herausragen, aber tatsächlich haben wir es dort mit einer fantastischen Grünraumstruktur mit einer hohen Aufenthaltsqualität zu tun. Uns ist daran gelegen, dass man damit nicht bilderstürmerisch umgeht und dass man genau hinguckt, bevor man zu einer Entscheidung kommt.

Um dies zu tun, haben wir eine interessante Truppe von Planerinnen und Planern eingeladen. Wir haben sie einen umfassenden Plan entwickeln lassen und die Kolleginnen und Kollegen aus Kopenhagen von Vandkunsten Architects hatten am Ende die stimmigste Gesamtkonzeption. Sie haben an vielen Stellen diese Siedlungen behutsam weiterentwickelt, an ein paar Stellen haben sie auch etwas vehementer



Für die Hörner Geest ist eine Gesamtplanung erstellt worden, die die öffentlichen Räume und die Infrastruktur in den Blick nimmt.

eingegriffen. An der Manshardtstraße können nun zwei interessante Stadtteilzentren entstehen, es gibt einen Platz mit einer guten Proportion – und die Kirche steht auch wieder an der richtigen Stelle. Wichtig ist, dass man sich an diesen Orten treffen kann, dass es ein gutes Einzelhandelsangebot gibt und dass man in den Obergeschossen auch noch wohnen kann. An diesem Beispiel sieht man, wie man eine Struktur sinnvoll und behutsam ergänzen und wieder eine zusätzliche Qualität in diese Räume bekommen kann. Auch an der Galopprennbahn – zukünftig auch Trabrennbahn – können nun neue, kleine Quartiere entstehen, die mit einem guten Maßstab und einer gelungenen Mischung überzeugen. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg.

Die Veddel, der Grasbrook, Rothenburgsort und Wilhelmsburg

Ich verlasse jetzt das Thema der behutsamen Ergänzung von Siedlungen. Denn es gibt ein spektakuläres Quartier, das seit hundert Jahren zwischen Eisenbahnlinie und Autobahn eingezwängt ist: die Veddel. Sie liegt zwar nur 300 Meter von der Elbe entfernt, hat aber noch nie das Wasser gesehen. Denn dort lag der Zoll. Diese isolierte Lage versuchen wir jetzt – auch im Zusammenspiel mit dem neu entstehenden Quartier auf dem Kleinen Grasbrook – zu überwinden. Wir machen also nicht nur neben einer bestehenden Siedlung etwas Neues, sondern lassen bewusst die Veddel an dieser Entwicklung



Die Qualität der Grünräume soll erhöht, ...



... der Bestand behutsam weiterentwickelt werden.



Vom künftigen Quartier auf dem Kleinen Grasbrook sollen auch die Bewohnerinnen und Bewohner der benachbarten Veddel profitieren und so ihre isolierte Lage überwinden.

partizipieren. Mit einer markanten und am Ende auch gut gestalteten Brücke wollen wir im wahren Sinne des Wortes einen Brückenschlag herstellen. Denn wenn es bei uns um große, neue Quartiere geht, verbinden wir dies immer mit der Frage, in welchem Umfang bestehende Lagen davon profitieren können.

Schauen wir noch ein Stückchen weiter: Unmittelbar angrenzend befindet sich der Stadteingang Elbbrücken mit Rothenburgsort, das so ein bisschen an der Eingangsschneise kauert. Auch hier können neue Angebote für den Stadtteil entstehen, mit Wohnungsbau in der zweiten Reihe.

Wenn man sich Hamburg genau ansieht, wird klar, dass in der bestehenden Stadt ein großes Potenzial dafür besteht, sie weiterzubauen. Das ist eine zentrale Aufgabe an vielen Stellen in der Stadt, mit der wir uns in den kommenden Jahren beschäftigen müssen. Denn dort, wo wir denken, die Stadt sei fertig gebaut, ist sie das oft gar nicht. Geprägt von diesen großen Infrastrukturen kann hier in den kommenden Jahren in einem nennenswerten Umfang Stadtentwicklung betrieben werden. Wir haben in Hamburg richtig Reserve – auch wenn es im Zweifelsfall viel anstrengender ist, diese zu nutzen als auf der grünen Wiese – und neue Stadtteile an den Rändern können deshalb die Ausnahme bleiben.

Und dann haben wir vis à vis von unserem schönen, bunten Haus der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen in Wilhelmsburg das RISE-Gebiet

Wilhelmsburg-Ost. Dort versuchen wir im Moment mit der Vonovia in einem ziemlich aufwändigen Verfahren der Frage nachzugehen, wie sich städtebauliche Missstände beheben lassen, wie sich Freiräume qualifizieren lassen und was an sozialer Infrastruktur nachgepflegt werden muss. Das sind große Aufgaben in diesen Siedlungen! Hier geht es nur in einer sehr untergeordneten Art und Weise um das Bauen, es geht vielmehr um das Verknüpfen und es geht darum, den Freiräumen eine andere Gestalt und Qualität zu geben. Das ist ein länger währender Prozess, aber dieser ist durchaus lohnenswert.

Am Berliner Platz einen zentralen Ort für Hohenhorst schaffen

Mit einem Projekt möchte ich Sie noch kurz traktieren, dort war von 2006 bis 2017 sehr erfolgreich ein RISE-Gebiet vorhanden: Es geht um Hohenhorst. Hier gibt es eine Stelle, die Berliner Platz heißt und verheißungsvoll nach Großstadt, nach moderner Welt klingt – aber genau das Gegenteil ist. Es handelt sich um die klassische Situation, in der die Infrastruktur mit Einzelhandel in die Jahre gekommen ist und eigentlich nicht mehr funktioniert. Wir haben da nur noch die Discounter dieser Welt am Straßenrand stehen, mit ihren bunten Schildern.

Wenn man sich dort heute umschaute, sieht man eine ziemlich tolle Gebäudescheibe von der SAGA, auch, wenn man ein zweites Mal hingucken muss, um sie richtig gut zu finden. Es gibt Schwarzweißfotos aus der Zeit kurz nach der Fertigstellung, auf denen



Auf dem Berliner Platz soll die Monostruktur der Pavillons überwunden werden.

junge, schnittige Hamburger mit ihren tollen Autos, die ein bisschen einen amerikanischen Einschlag hatten, abends dahin gefahren sind. Ich glaube, sie wollten ihren Freundinnen die große, weite Welt zeigen. Das sind fantastische Fotos aus „Hamburg und seine Bauten“. Was ich daran toll finde: Es hatte einen Blick in die Zukunft, der vielleicht ein bisschen naiv war, aber einen unglaublichen Optimismus ausstrahlte. Der hat in den Generationen vor uns geherrscht, wenn es um die Weiterentwicklung und

den Weiterbau der Stadt ging. Und das war beileibe nicht nur eine Vorstellung von „anders bauen“ oder der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, sondern es war eine Lust an Veränderung. Manchmal wünsche ich mir das heute auch: eine etwas größere Lust auf Veränderung und die Bereitschaft, sie umzusetzen.

Am Berliner Platz sind wir nun der Frage nachgegangen, wie sich die Monostruktur der Pavillons mit einem zusätzlichen Einzelhandelsangebot und Wohnungsbau versehen lässt. Das ist unser Versuch, diese Monostruktur aufzubrechen, einen gemischten zentraleren Ort in diese Siedlungen hineinzubringen, mit Angeboten von der öffentlichen Bibliothek bis hin zu kleineren und wohlproportionierteren Plätzen. Das SAGA-Haus wird nun ein bisschen in die Mitte genommen.

Vielleicht ist es in einer HafenCity etwas einfacher, beeindruckende Häuser zu bauen, als an so einer Stelle in Hamburg-Jenfeld. Aber genau das sind die extrem wichtigen Projekte und wir müssen uns alle gemeinsam und mit vollster Aufmerksamkeit um diese Lagen kümmern. Sie sind mindestens so wertvoll wie all die schillernden Projekte der Stadt Hamburg, über die ich heute nicht gesprochen habe.



Die Planungen sehen ergänzende Neubauten vor, in denen neben Wohnungen auch zusätzliche Einzelhandelsangebote Platz finden. So sollen wohlproportionierte kleine Plätze entstehen.



PODIUMSDISKUSSION

STÄDTEBAUFÖRDERUNG IN HAMBURG – WEITER SO?!

Podiumsdiskussion mit Arne Dornquast (ehemaliger Bezirksamtsleiter Bergedorf), Christina Ebel (Geschäftsführerin BIG Städtebau GmbH), Jürgen Fiedler (Sprecher Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte), Hans Joachim Rösner (Gesellschafter steg Hamburg mbH), Monika Thomas (Staatsrätin der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen), Moderation Sabine Rheinhold (Journalistin)

Rheinhold: Herr Dornquast, was ist das Besondere an der Städtebauförderung und dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung für einen Bezirksamtsleiter?

Dornquast: Ein Bezirksamtsleiter ist für das Wohl der Menschen in seinem Bezirk verantwortlich. Man sollte das Ziel haben, dazu beizutragen, dass deren Leben besser wird. Dazu ist Integrierte Stadtteilentwicklung ein wirksames Instrument. Für mich ist das Entscheidende, dass RISE-Projekte einen konkreten Mehrwert für Hamburg als lebenswerte Stadt bieten. Ich glaube, ganz wichtig ist: Es werden

Quartiere mit Potenzial betrachtet. Die Menschen, die dort leben, dürstet es danach, dass sich an ihrer Lebenswirklichkeit etwas ändert. Sie haben aber nicht die Kraft, aus eigenen Mitteln diese Verbesserungen anzustoßen. Was in einem RISE-Gebiet geschieht, ist deshalb ganz wichtig: Es gibt sehr ausgefeilte Mitbestimmungsprozesse und die legitimieren auf eine ganz andere Art und Weise die dort getroffenen Entscheidungen, als wenn man einen Architektenwettbewerb macht.

Das Besondere an RISE ist der Schwerpunkt auf Partizipation

Rheinhold: Frau Ebel, was ist denn für die Gebietentwicklerin das Entscheidende an RISE?

Ebel: Das Besondere ist für mich, die ich ja auch den Blick in andere Bundesländer habe, diese besondere Nähe in das Quartier hinein und der besondere Schwerpunkt auf Partizipation. Das ist im Prinzip eine Mittlerrolle und zum Teil auch Dolmetscherrolle

zwischen den Ideen und Vorstellungen für ein solches Quartier, eben den Potenzialen, die zu heben sind, und den Vorstellungen, wie die Menschen leben wollen. Das wird mit RISE, finde ich, sehr vorbildlich durchgesetzt. Da können andere Bundesländer mit ihren Vorschriften sehr stark von lernen.

Rheinhold: Was sind denn die entscheidenden Instrumente, die Ihnen das ermöglichen?

Ebel: Das eine ist, dass wir die Stadtteilbeiräte oder Quartiersbeiräte haben, die sehr gut organisiert sind und von Anbeginn an mit in den Prozess einbezogen werden. Das andere ist, worüber man andererseits auch gleich wieder traurig sein kann, diese zeitliche Dynamik, die RISE vorgibt, mit durchschnittlich sieben Jahren der Tätigkeit in einem Quartier. Wir wissen alle, in sieben Jahren ist nicht in jedem Fall alles bewältigt. Aber es führt dazu, dass man einen gewissen Schwung und eine gewisse Dynamik haben muss, um überhaupt einen solchen Prozess bewältigen zu können.

Rheinhold: Eine Frage an Herrn Fiedler, den Vertreter der Stadtteilbeiräte: Wo begegnet Ihnen RISE, was bedeutet das für Sie?

Fiedler: Das ist eine Alltagsbegegnung, die die Menschen vor Ort ständig haben. Ich würde gerne noch

mal einen Schritt zurückgehen. Wir haben in den Diskussionen schon gehört, wie wichtig die Bewohnerschaft in den Quartieren ist, welchen Stellenwert sie hat. Deswegen glaube ich, ist es ein unglaubliches Ergebnis von 50 Jahren Städtebauförderung, dass verteilt über die Stadt solche Quartiersbeiräte geschaffen sind, die in den einzelnen Regionen ja auch ganz unterschiedliche Fragestellungen zu beantworten haben. Das sind Quartiere, die von Großlohe bis nach Altona-Altstadt gehen. Das ist eine sehr unterschiedliche Bevölkerung. Die Herausforderung für alle, die diese Prozesse managen, ist, die Diversität in den einzelnen Quartieren abzubilden, die Menschen wirklich in diese Beteiligungsprozesse reinzuholen. Das ist eine große Herausforderung, die auch in der Geschichte zum Teil schwierig war, weil mit stigmatisierenden Begriffen wie „Soziale Brennpunkte-Programm“ oder „Armutsbekämpfungsprogramm“ gearbeitet wurde. Da haben die Leute sich erst einmal gar nicht angesprochen gefühlt, weil ihre Binnensicht nicht so war, wie das von außen an sie herangetragen wurde. Deswegen bietet RISE als sehr viel neutralerer Begriff so viele Möglichkeiten, diese unterschiedlichen Fragestellungen in den Quartieren aufzunehmen.

Beteiligung ist die Königsaufgabe in den Quartieren

Rheinhold: Herr Rösner, war Stadtentwicklung vor RISE anders als mit RISE?

Rösner: Ja, das hat sich deutlich verändert über die Jahre. Wir haben das sowohl im Eingangsvortrag als auch im Beitrag der Senatorin gesehen, dass das Städtebauförderungsgesetz etwas unglaublich Anpassungsfähiges war. Wir haben ja immer wieder Paradigmenwechsel gehabt, immer wieder auch andere Themen. Ich erinnere mich noch an Entwicklungsgebiete in Berlin vor 30 Jahren, da war das Entwicklungsziel, genügend PKW-Stellplätze zu schaffen. Das muss man sich unter heutigen Verhältnissen einmal vorstellen. Daran kann man aber auch sehen, dass das ein unglaublich flexibles Instrument ist. Eine gewisse Verstetigung hat sich allerdings im Punkt Beteiligung ergeben, die sich auch stark weiterentwickelt hat in den letzten Jahren. Das hat auch zu Problemen geführt. Es ist eine der Königsaufgaben in Entwicklungsquartieren, wirklich so viele Leute zu erreichen, dass auch Legitimität



Jürgen Fiedler, Sprecher Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte

geschaffen wird – auch in Beiräten Legitimität geschaffen wird. Dann muss wieder die Vernetzung mit der lokalen Politik stattfinden. Ich glaube, diese Aufgabe wird immer schwieriger und ambitionierter werden.

Als wir vor 30 Jahren angefangen haben, stand in den klassischen Sanierungsgebieten noch die bauliche Aufgabe stärker im Vordergrund. Da konnten wir uns mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses an einen Tisch setzen und sagen: So und so wird die Sanierung aussehen, so machen wir das mit dem Umlagern. Wer bleibt in dieser Umsetzungswohnung, wer kommt zurück? Das war ein sehr direkter und einfacher Kontakt. Dann gab es noch Beiräte, mit denen wir Platz- und Straßenentwicklungen besprochen haben. Das waren eigentlich überschaubare Prozesse. Heute geht es um dramatisch viel mehr in den Quartiersentwicklungen. Es geht um Gewerbestandorte, es geht um die Frage von Arbeitsplätzen. Es geht sehr viel stärker um soziale Aspekte, als das früher der Fall war. Damit wird die Bandbreite der Aufgabe extrem viel größer und die Formen der Kommunikation, die wir wählen müssen, werden eben auch andere. Vielleicht geben uns neue Techniken auch neue Möglichkeiten, aber wir brauchen heute viel mehr Leute, die Kommunikation organisieren können, als das früher der Fall war. In der Tradition der steg, die schon früh im Treuhandvermögen mit Projektentwicklung begonnen hat,



Sabine Rheinhold, Journalistin

sehe ich eine Notwendigkeit, stärker in eigenständige Projektentwicklungen zu gehen. Das heißt also nicht nur Potenziale vor Ort zu heben, sondern sie tatsächlich auch selbst zu initiieren. Dazu muss der Quartiersentwickler oder Träger auch immer in die Lage versetzt werden.

In Hamburg wird die Kooperation der Behörden gelebt

Rheinhold: Frau Thomas, was ist denn für Sie die wichtigste Erkenntnis aus der bisherigen Umsetzung von RISE?

Thomas: Das ist eine große Frage für mich nach den wenigen Monaten. Aber als ich noch in Berlin war, habe ich mich immer gefragt: Wie machen die Hamburger das? Ich habe natürlich immer alle Bundesländer gesehen und beobachtet, dass in Hamburg einfach die Mittel abgerufen werden, dass das organisiert ist, dass sie auch da ankommen, wo sie hinkommen sollen. Das ist in anderen Bundesländern nicht unbedingt so. Dann ist mir aufgefallen, dass Hamburg die ganze Bandbreite der Städtebauförderungsprogramme genutzt hat. Mit RISE hatte ich erstmal ein Problem. Ich habe gedacht, da fehlt ein „E“ in dem Wort. Das ist eine Namensgebung, die es in der Bundesrepublik sonst auch nicht gibt. Ich musste dann lernen, dass RISE eigentlich Städtebauförderung ist, und habe dann beim zweiten Blick gemerkt, wie intensiv hier bei den Projekten die Kooperation unter den Behörden gelebt wird. Das war für uns immer ein großer Wunsch auf Bundesebene, zu schauen, wie mache ich mehr aus dem verhältnismäßig wenigen Geld. 790 Millionen sind viel. Aber über die ganze Bundesrepublik gerechnet, ist es so viel auch nicht für die Probleme, die wir vor Ort haben. Dieses Etablieren des Prinzips, gemeinsam mit anderen Behörden und den Bezirken mehr daraus zu machen, das fand ich wirklich sehr begeisternd. Das ist nämlich auch nicht typisch, wenn ich das im Vergleich mit anderen Ländern sehe.

Rheinhold: Was hat sich denn an der Aufgabenstellung eigentlich in den letzten anderthalb Jahren durch Corona verändert? Wo müssen Sie neu oder anders ansetzen?

Thomas: Es klingt vielleicht komisch, wenn man jetzt sagt, dass die Pandemie doch auch ganz hilfreich ist,



Arne Dornquast, ehemaliger Leiter des Bezirksamts Bergedorf

an der einen oder anderen Stelle mal wieder ein Auge zu öffnen. Ich finde, dass man das über die ganze Bandbreite unserer Tätigkeit machen kann. Wenn wir die Wohnungen sehen, muss man sich nach der Pandemie wirklich fragen, ob wir nicht auch noch einmal an die Grundrisse ranmüssen. Müssen die Räume nicht viel gleichwertiger sein, um so eine Notsituation, die hoffentlich nicht wieder eintritt, besser zu organisieren? Dann braucht es die Möglichkeit, aus der Wohnung heraus Freiraum zu erleben. Das Wohnumfeld ist viel wichtiger geworden. Wenn wir dann noch weiter ins Quartier gehen, liegt das Potenzial in Gemeinschafts- und Versorgungseinrichtungen, ärztlichen Dienstleistungen usw. Wir haben gemerkt, wie wichtig dieses Denken in Quartieren ist. Der Anlass war nicht schön, aber ich glaube, dass uns das gut tut, diese Hinweise mitzunehmen und in die weiteren Planungen zu integrieren.

Viel besser kann man sein Geld kaum investieren

Rheinhold: Herr Dornquast, sind die Herausforderungen andere geworden?

Dornquast: Was haben wir noch gelernt? Also erstmal ist es wichtig, dass wir in dieser wachsenden Stadt die entsprechenden Infrastrukturen in den

Quartieren mitdenken. Das ist zu Anfang in der ersten Euphorie des Hochfahrens des Wohnungsbaus seit 2011 nicht immer in dem Umfang mitgedacht worden, wie wir das eigentlich gebraucht hätten. Ein bisschen mehr Stadtplanung hätte uns allen gutgetan. Das sage ich auch ausdrücklich als Kritik in die eigene Richtung. Da sind wir ein bisschen überwältigt worden von dem Gefühl, dass wir mit mehr Wohnungen die Probleme lösen.

Wichtig ist, dass aber auch die Ressourcen stimmen. Da kommt jetzt der Vertreter der Interessen der eigenen Mitarbeitenden durch. Wir brauchen richtige Menschen, die auch aktiv vor Ort sind. Das müssen gar nicht nur wir in der Behörde sein. Wir haben hervorragende Erfahrungen damit gemacht, dass wir das eben nicht alles selbst machen. Ich glaube, das ist ein sehr gut eingespieltes System, mit Quartiersentwicklern zu arbeiten. Ich glaube, der Multiplikationseffekt dieser ganzen Projekte ist enorm. Viel besser kann man eigentlich das Geld kaum investieren.

Rheinhold: Frau Ebel, ist Gebietsentwicklung, frage ich mal ganz platt, nach Corona anders?

Ebel: Gebietsentwicklung ist ja schon immer im Fluss und jetzt mit Corona nochmal ganz stark in Fluss geraten. Wir haben ganz viel über Professionen, die wir brauchen, gehört. Ich glaube, unsere



Christina Ebel, BIG Städtebau



Monika Thomas, Staatsrätin

Teams müssen noch stärker interdisziplinär werden. Wir sind ja jetzt schon nicht nur Stadtplaner, sondern eben auch Geografinnen und Geografen, Politologinnen und Politologen und so weiter. Da wird noch das eine oder andere hinzukommen müssen.

Persönlich glaube ich, dass wir uns in der Gebietsentwicklung sehr intensiv mit den öffentlichen Freiräumen beschäftigen müssen. Ich bin sehr konzeptaffin und immer sehr dafür zu haben, dass man für alles einen Plan braucht. Aber Corona hat uns gelehrt, dass wir auch experimentierfreudiger werden und Dinge auch einmal zulassen können müssen. Und wenn wir mit unserer Stadtplaner-Sicht sagen, dass ein Blumenkübel nicht so schön ist, müssen wir ihn vielleicht trotzdem zeitweise irgendwie ertragen können.

Dann noch als Impuls in Richtung Berlin: Wir müssen weg von diesen ewigen Zweckbindungsfristen für den Einsatz der Bundes- und Landesmittel, weil es einfach nicht mehr so ist, dass eine Straße 20 Jahre lang in der einmal angedachten Art und Weise ihre Funktion erfüllen kann. Das muss flexibler sein und wir müssen uns darauf einstellen, diese Flexibilität auch leben zu können. RISE hängt ja in vielen Punkten einfach an den Vorgaben des Bundes. Aber wenn aus allen Bundesländern diese Impulse nach Berlin kommen, wird man da sicherlich auch verstehen

können. Und dann halte ich RISE durchaus für flexibilisierungsfähig. Das sind ja nur ganz kleine Stellschrauben, die man da formal ändern müsste.

Beteiligungsstrukturen müssen abgesichert werden

Rheinhold: Herr Fiedler, fühlt sich der Vertreter der Quartiersbeiräte bei dem, was er von seiner Nachbarin und seinem Nachbarn hier auf dem Podium an Herausforderungen und auch Erfolgen hört, angenommen, aufgenommen und richtig platziert?

Fiedler: Wir haben in den letzten 15 Monaten erlebt, dass es ganz unterschiedlich war, wie Beiräte, wie Beteiligungsstrukturen in den Quartieren aufrechterhalten werden konnten. Es gab Beiräte, die sofort auf eine digitale Variante umgestiegen sind. Das waren aber zumeist diejenigen, die einen Quartiersentwickler im Hintergrund hatten oder ein Büro, wie ich es habe. Im Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte sind ganz viele organisiert, die inzwischen nicht mehr in Fördergebieten sind, aber trotzdem weiter existieren. Dort, wo sie auf sich selbst gestellt sind und versuchen müssen, diese Herausforderung des sich Treffens, des Kommunizierens zu lösen, ist das ein Riesenproblem. Die haben zum Teil ein halbes Jahr lang nicht getagt. Das ist für mich einer der entscheidenden Punkte, dass es uns gelingen muss, eine Absicherung dieser Beteiligungsstrukturen zu erreichen, die die Leute zu dieser Umstellung, die wir alle im Berufsleben gemacht haben, befähigt. In dem Augenblick, wo Sitzungen genau wie jetzt hier gestreamt werden, kann eine ganz andere Stadtteilöffentlichkeit an solchen Auseinandersetzungen teilnehmen. Das müssen wir zukünftig gewährleisten. Das heißt aber, Mittel in die Hand zu nehmen.

Rheinhold: Herr Rösner, bleibt eine positive Lernerfahrung durch Corona, die möglicherweise die Arbeit an Quartiersentwicklung verändert?

Rösner: Ich glaube, das kann man momentan noch gar nicht abschätzen. Ich habe die Corona-Zeit als wesentliche Einschränkung dieser Arbeit empfunden, weil man einfach viel weniger Kontakte haben konnte. Ich bin Fan öffentlicher Veranstaltungen, wo man eine andere Form von Austausch betreiben kann, als das elektronisch möglich ist. Aber die Corona-Zeit hat uns eben auch neue Wege aufgezeigt,

die wir in Zukunft zusätzlich nutzen können. Darüber werden wir nachdenken müssen.

Worüber für die Zukunft der Beiräte stärker nachgedacht werden müsste, ist das, was Herr Fiedler gerade sagte. Wir haben noch viel Kontakt mit Beiräten, die keine Förderkulisse mehr haben, also kein aktuelles RISE-Gebiet mehr sind. Dort können die Beiräte Empfehlungen aussprechen, und ich erlebe häufig, dass viele dieser Empfehlungen dann eben nicht umgesetzt werden. Das führt wiederum zu Frustrationen bei den Beiräten. Corona hat da so ein bisschen Nachdenklichkeit auch bei uns in Schwung gebracht, dass man die Verknüpfung mit der lokalen Politik nie vergessen darf. Wir wissen ja, die Beiräte sind ein unglaublich wichtiges Element und wir müssen sie stärken. Dies kann man auch, indem man Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse überträgt. Die dürfen sich aber nicht – da spricht jetzt der Politologe aus mir – mit lokalen politischen Strukturen repräsentativer Demokratie beißen. Da haben wir eine Aufgabe, für die wir noch keine pauschalen Lösungen haben. Aber da müssen wir in Zukunft noch stärker dran arbeiten, um dort mehr Verbindlichkeit zu schaffen und das vor Ort Erarbeitete auch unmittelbar umsetzbar und erlebbar zu machen. Das würde die Leute animieren. Wir haben in solchen Quartieren oft nur eine kleine Auswahl von aktiven Menschen, aber immer noch 90 Prozent schweigende Mehrheit, die wir nicht wirklich erreichen. Vielleicht hat uns Corona da die eine oder andere technische Möglichkeit gezeigt, stärker zu beteiligen.

Menschen müssen die Chance sehen, etwas zu bewegen

Rheinhold: Wo könnte man bei dem, was Herr Rösner eben skizziert hat, ansetzen?

Thomas: Ich bin ganz ehrlich, das ist eine schwierige Frage. Denn das, was sie gesagt haben, das haben wir vor 30, 40 Jahren auch schon gesagt – also die Fragestellung: Wie kriegen wir wirklich Mitwirkung hin. Ich denke, wir müssen den Gedanken immer wieder in die Quartiere reintragen, dass es auch eine Form von Selbstverantwortung gibt. Vielleicht hilft auch die Krise dabei, deutlich zu machen, dass man auch eine Verpflichtung hat, sich ein bisschen mit um sein Umfeld zu kümmern. Wir sind damals aus



Hans Joachim Rösner, steg Hamburg mbh

einer anderen Phase der Beteiligung in der Städtebauförderung gekommen. Ich glaube, das ist einfach ein ganz aktives Zugehen auf die Menschen. Es ist wichtig, die Stadtteilpolitik mitzunehmen, die aktiven Menschen vor Ort, die Träger der Netzwerke. Ich glaube nicht, dass es dafür ein richtiges Rezept gibt. Man muss vor Ort gucken, wo finde ich die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, und wirklich das Interesse erzeugen. Das kann manchmal etwas ganz Verrücktes sein, dass man da eine Disco auf den Platz stellt oder was auch immer. Damit die Menschen lernen, sich für ihr Umfeld zu interessieren und sie merken, dass sie eine Chance haben, auch etwas zu bewegen.

Rösner: Wir haben in den letzten Monaten auch viel über neue Formen von aufsuchender Beteiligung gesprochen. Da komme ich jetzt wieder von den ganz alten Sanierungsgebieten, da haben wir die Leute wirklich abgeklappert. Wir sind auf jeden einzelnen Gewerbetreibenden zugegangen, jeden Hauseigentümer, auf jeden Mieter. Das war allerdings bei Laufzeiten von 15 Jahren. Heute bei Laufzeiten von fünf, sechs oder sieben Jahren und entsprechend großen Gebieten ist das eigentlich nicht vorstellbar. Oder vielleicht doch. Wie gesagt, Patentlösungen hat jetzt gerade keiner.

SCHLUSSWORT

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute viel über die Entwicklung der Städtebauförderung in den letzten 50 Jahren gehört. Es war außerordentlich spannend und interessant, beginnend mit Ihrem Vortrag, Herr Professor Michelis. Und das mit so vielen persönlichen Einblicken und Erfahrungen, die Sie uns mitgegeben haben, herzlichen Dank dafür.

Am Anfang stand der Wandel von der Flächensanierung zur behutsamen Stadterneuerung. Damit gewann auch die Beteiligung der lokalen Bevölkerung zunehmend an Bedeutung. Ich möchte die letzte Phase der Diskussion gerne nochmal aufgreifen: Für uns hat es eine große Bedeutung, dass die Menschen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und sich für ihren Stadtteil einzusetzen. Dafür braucht es Orte, aber auch gute Beteiligungsformate, und die gibt es natürlich über die Stadtteil- und Quartiersbeiräte. Wir werden, lieber Herr Fiedler, im September zu einer Veranstaltung einladen, wie wir das schon vor zwei Jahren gemacht haben, und ins Gespräch mit den Quartiers- und Stadtteilbeiräten gehen.

Hamburg hat in den vergangenen Jahrzehnten eine Vorreiterrolle in der Integrierten Stadtteilentwicklung eingenommen. Das ist ja auch aus dem Blick verschiedener Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Podium hier deutlich geworden. Zum Ausdruck kommt dies auch von Beginn an in den eigenen initiierten Programmen, die der Senat aufgelegt und finanziert hat. Hamburg hat, das darf man so sagen, die Soziale Stadt vorgedacht und frühzeitig die ressortübergreifende Zusammenarbeit gesucht. Das ist nicht ganz so typisch für Deutschland, wie Frau

Thomas uns berichtet hat. Dieser Prozess muss auch ständig wieder erneuert werden. Wir hatten 1991 und in den darauffolgenden Jahren eine gewisse Zäsur. Ich kann mich wie heute daran erinnern, dass die Staatsrätinnen und Staatsräte gemeinsam überlegt haben, wie die Kenntnis darüber verbessert werden kann, dass ganz viele Mittel aus verschiedenen Behörden und den Bezirksämtern in diese besonderen Quartiere flossen. Die Transparenz war gering. Das hat zu Veränderungen geführt. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass man diesen Erkenntnisprozess immer wieder erneuern muss. Das werden wir tun.

Wir haben heute auch über die Schnittstellen gesprochen. Die gibt es ja durchaus zwischen den großen Stadtentwicklungsprojekten und den Quartieren der Integrierten Stadtteilentwicklung. Diese Schnittstellen gilt es auch auszugestalten. Herr Höing hat eine Menge dazu gesagt, was sehr positiv ist. Sie sehen daran, dass wir in der Behörde diese Verbindung zwischen den unterschiedlichen Themen ausdrücklich wahrnehmen. Das ist eine ganz besondere Herausforderung, denn es geht ja auch nicht nur um den Zuwachs an Wohnungen. Es geht auch um die Qualität – und zwar insbesondere auch die Qualität der Freiräume und der sozialen Infrastrukturen, die mitwachsen müssen, um dauerhaft urbane und lebendige Quartiere zu erhalten.

Wir haben auch die Sicht von außen gehabt, unter dem Stichwort Konnektivität, von Frau Horx-Strathern. Sie hat uns einen Blick in die Zukunft ermöglicht auf die weiterhin wachsende Bedeutung, das will ich noch einmal hervorheben, auch der



persönlichen Begegnung in den Stadtteilen, in der Nachbarschaft mit flexiblen Dienstleistungen. Die Stadt der 15 Minuten, die Stadt der 10 Minuten und auch die Begegnungsmöglichkeiten in Räumen von einer Minute – das ist etwas, was wir weiter diskutieren werden.

Als vorläufiges Ergebnis dieser Veranstaltung kann man schon sagen, dass Hamburg mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung über ein zukunftsfähiges Instrumentarium verfügt. Es gibt zahlreiche Erfolge, die wir damit bislang erzielen konnten. Wir werden uns keineswegs darauf ausruhen, was wir bislang erreicht haben, sondern wir müssen die Integrierte Stadtentwicklung und die Verbindungen, die Schnittstellen zu anderen Themen unserer Stadt als Daueraufgabe betrachten und diese auch in Zukunft fortführen.

Wenn ich das noch einmal erwähnen darf, im vergangenen Jahr zu diesem Zeitpunkt wussten wir nicht,

wie es mit der Städtebauförderung auf Bundesebene weitergeht, weil die Länder sich überhaupt nicht über einen neuen Verteilerschlüssel für 790 Millionen Euro Städtebauförderungsmittel verständigen konnten. Das haben wir zum Glück geschafft, und ich bin froh darüber. Ich hoffe sehr, dass uns dieser vereinbarte Anteil auch in der nächsten Legislaturperiode mindestens zur Verfügung stehen wird.

An dieser Stelle danke ich allen, die an der Vorbereitung beteiligt waren. Das ist die Stadtentwicklungsbehörde mit Frau Vorkoeper und ihren Kolleginnen und Kollegen. Ich danke insbesondere auch Ihnen, Frau Rheinhold, dass Sie uns so professionell und so gut durch diese Veranstaltung geführt haben. Ich danke allen, die Vorträge gehalten oder auf dem Podium mitdiskutiert haben. Ich habe mich sehr gefreut, dass dies alles stattfinden konnte.

Vielen Dank!





Arne Dornquast, ehemaliger Bezirksamtsleiter Bergedorf

Arne Dornquast war von 2011 bis Juli 2021 Leiter des Bezirksamts Hamburg-Bergedorf. Seitdem ist er Leiter des Amts für Arbeit und Integration der Sozialbehörde. Vor seiner Zeit als Bezirksamtsleiter war er seit 1989 in unterschiedlichen Diensten der Stadt Hamburg und ihrer Vertretung beim Bund tätig gewesen, bevor er ab 2004 erst als Leiter der Genehmigungs- und der Planungsabteilung, später als Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt zum Bezirksamt Bergedorf kam. Dornquast studierte Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin.

Christina Ebel, BIG Städtebau GmbH – ein Unternehmen der DSK-BIG

Christina Ebel ist seit 2011 Geschäftsführerin der BIG Städtebau GmbH. Vorher war sie in gleicher Position bei kommunalen Entwicklungsgesellschaften tätig. Sie absolvierte ein Studium der Stadtplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar und war Anfang der 1990er Jahre zunächst als Leiterin des Stadtplanungsamtes der Stadt Güstrow tätig. Als Mitglied der DASL – Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. gehört sie zudem dem Vorstand der Landesgruppe Nord an.

Jürgen Fiedler, Sprecher Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte

Jürgen Fiedler ist seit 1995 Leiter des Stadtteilbüros Dulsberg. Der gebürtige Hamburger studierte Theologie, Psychologie und Politologie in Marburg, dann Soziologie in Hamburg. Ein Jahr lang war er in Bahrenfeld in der kirchlichen Jugendarbeit tätig, bevor er zum Stadtteilbüro Dulsberg kam. 2009 war er einer der Initiatorinnen und Initiatoren des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte.

Franz-Josef Höing, Oberbaudirektor

Franz-Josef Höing ist seit November 2017 Oberbaudirektor in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Geboren in Gescher/Nordrhein-Westfalen, studierte er Raumplanung an der Universität

Dortmund. Nach akademischen Stationen an der TU Wien und an der RWTH Aachen wurde er im Jahr 2000 persönlicher Referent des damaligen Hamburger Oberbaudirektors Jörn Walter und ab 2003 Leiter der Projektgruppe HafenCity. 2004 folgte Höing einem Ruf als Professor für Städtebau an die FH Münster. 2008 trat er das Amt des Senatsbaudirektors beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen an. 2016 wurde er Dezernent für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr der Stadt Köln.

Oona Horx-Strathern

Die Trendforscherin Oona Horx-Strathern ist seit über 25 Jahren als Beraterin, Rednerin und Autorin aktiv. Sie hat Bücher geschrieben, in denen sie sich mit der „Geschichte der Zukunft – von Delphi bis heute“ beschäftigt oder die Megatrends zur Zukunft des Wohnens beschreibt. Horx-Strathern stammt aus London, ist aber seit dem Brexit Besitzerin eines irischen Passes. Sie hat in Bristol Anthropogeografie studiert, war Journalistin beim englischen Observer und hat für Central Television Fernsehfilme gemacht. Derzeit lebt sie im Future Evolution House am Stadtrand von Wien, das sie selbst mit entworfen und gebaut hat.

Prof. em. Dr. Peter Michelis

Peter Michelis hat bis zu seinem Diplom 1967 an der TU Berlin Architektur und Städtebau studiert und in dieser Zeit bereits Berufserfahrung in Helsinki und London gesammelt. Von 1969 bis 1971 war er Baureferendar in der Baubehörde Hamburg, danach im dortigen Amt für Stadterneuerung als Abteilungsleiter für 12 von insgesamt 20 Sanierungsgebieten zuständig. 1990 wechselte er in die Partnerstadt Dresden, um dort die Leitung des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbau zu übernehmen. Von 1994 bis 2007 war Michelis Professor im Fachbereich Architektur der HAW und der HCU Hamburg. 2005 wurde er Vorsitzender der Gustav Oelsner Gesellschaft. Mit dieser Aufgabe verbunden sind zahlreiche in- und ausländische Ausstellungen und Fachtagungen.



Sabine Rheinhold

Die Journalistin Sabine Rheinhold hat in Berlin und Hamburg Politische Wissenschaft, Germanistik und Literaturwissenschaft studiert. Nach einem Volontariat beim Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt war sie zunächst freie Autorin für diverse Zeitungen und Zeitschriften. Beim NDR war sie verantwortlich für die Sozialpolitik im NDR-Fernsehen und hat das Wirtschaftsmagazin „Markt“ moderiert und mitverantwortet. Heute ist Frau Rheinhold als freie Moderatorin von Fachtagungen und Podiumsdiskussionen in den Themenbereichen Gesellschafts- und Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Wirtschaft und Arbeitswelt, Stadtentwicklung und Wohnungswesen tätig.

Hans Joachim Rösner, steg Hamburg mbH

Hans Joachim Rösner, geboren in Ludwigsburg, studierte in Tübingen und Stuttgart Politologie und Geografie. 1990 begann seine Arbeit bei der Stadtentwicklung Südwest GmbH, für die er unter anderem als Sanierungskoordinator in Baden-Württemberg und Regionalleiter für die neuen Bundesländer tätig war. Von 1997 bis 2020 wirkte er als Geschäftsführer der steg Hamburg mbH, deren Gesellschafter er bis heute ist. Bis 2018 war er zudem Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sanierungsträger.

Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin

Dr. Dorothee Stapelfeldt ist seit dem 15. April 2015 Präses der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Zuvor war sie vier Jahre lang Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft und Forschung. Die gebürtige Hamburgerin, aufgewachsen im Kreis Herzogtum-Lauenburg, studierte an der Universität Hamburg Kunstgeschichte, Deutsche Literaturwissenschaft sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 1989 promovierte sie über den Wohnungsbau der 1950er Jahre in Hamburg. 1986 bis 2011 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, von 2000 bis 2004 Bürgerschaftspräsidentin.

Monika Thomas, Staatsrätin

Die Stadtplanerin und Architektin Monika Thomas ist seit Januar 2021 Staatsrätin der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Nach ihrem Abschluss als Diplom-Ingenieurin Architektur an der Universität Hannover war sie in der Stadtplanung der Städte Lehrte und Lingen/Ems tätig. 1990 wurde sie Baudezernentin und ab 1995 Stadtbaurätin und Erste Stadträtin der Stadt Seelze. 2003 ging sie als Stadtbaurätin zur Stadt Wolfsburg, um 2016 nach Berlin zu wechseln – zunächst ins Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, zuletzt von 2018 bis 2020 als Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung und Wohnen im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

VERANSTALTUNGEN UND PUBLIKATIONEN

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen beging das 50-jährige Jubiläum der Städtebauförderung in Hamburg nicht nur mit der Fachveranstaltung. Sie wendete sich auch mit einer Reihe von weiteren Aktivitäten an engagierte Bewohnerinnen und Bewohner und die interessierte Öffentlichkeit.

Stadtteilrundgänge

Vom 12. September bis 2. Oktober 2021 konnten sich Interessierte auf zahlreichen Stadtteilrundgängen und Veranstaltungen über die Entwicklung einzelner Quartiere informieren. Dabei präsentierten sich beispielhaft Quartiere und Projekte der integrierten Stadtteilentwicklung, Projekte des Bundesprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“ sowie das Modellvorhaben „Mitte machen“. Räumlich spannte sich der Bogen von Bergedorf-Süd bis Eidelstedt, vom Zentrum Neugraben bis Rahlstedt-Ost. Thematisch ging es von abgeschlossenen Sanierungsgebieten wie St. Pauli-Wohlwillstraße über aktuelle RISE-Fördergebiete bis zu noch im Entstehen begriffenen Konzepten wie die Mobility Hubs für Oberbillwerder.

Ausstellung

Im Foyer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen war vom 13. September bis zum 16. Oktober 2021 die Ausstellung „50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg“ zu sehen. Die Ausstellung führte chronologisch und gleichzeitig thematisch sortiert durch die Vielfalt und die Entwicklung der Städtebauförderung in Hamburg. Von den Meilensteinen der Städtebauförderung in Altona-Alttstadt/St. Pauli-Süd, Ottensen und dem Karolinenviertel über die ersten Sanierungsverfahren in Großwohnsiedlungen wie Kirchdorf-Süd und die thematische Weiterentwicklung ab den 1990er Jahren bis hin zur Vielfalt der Förderfacetten im heutigen Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung war der Bogen gespannt. Zahlreiche historische Abbildungen sorgten für Einblicke in 50 Jahre Hamburger Stadtentwicklungsgeschichte. Die Ausstellungstafeln sind online einsehbar: www.hamburg.de/50-jahre-staedtebaufoerderung. Eine Broschüre dokumentiert sie.

Newsletter

Und nicht zuletzt erschien auch eine Sonderausgabe des RISE-Newsletters „Hamburg. Deine Perlen.“ Er lässt nicht nur 50 Jahre Städtebauförderung in Hamburg Revue passieren, sondern schlägt die Brücke zum Jahr 2021 – mit Informationen zu den aktuellen RISE-Fördergebieten und zu den Gebieten mit Sozialen Erhaltungsverordnungen, aber auch zu den aktuellen Ergebnissen des Sozialmonitorings. Online ist der Newsletter abrufbar unter: www.hamburg.de/publikationen-und-veranstaltungen/newsletter/



IMPRESSUM

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)
Neuenfelder Straße 19, 20019 Hamburg

V.i.S.d.P.: Susanne Enz

Bestellung über:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Neuenfelder Straße 19, 20019 Hamburg
Tel. 040 / 428 40 - 50 50
publikationen@bsw.hamburg.de

Konzept, Redaktion und Layout:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
(www.hamburg.de/bsw)
bfö Büro für Öffentlichkeitsarbeit e.K.
(www.bfoe-hh.de)

Druck: Langebartels & Jürgens GmbH

Auflage: 2.000 (Dezember 2021)

Bildnachweise:

Titelseite, alle: Karin Desmarowitz
Seite 3: Senatskanzlei Hamburg
Seite 4: Karin Desmarowitz
Seite 5, links oben: Baubehörde
Seite 5, links unten: Behörde für Bau und Verkehr
Seite 5, rechts: Baubehörde
Seite 6, oben: Neue Heimat
Seite 6, unten: Baubehörde
Seite 7: Baubehörde
Seite 8: Baubehörde
Seite 9, oben: Karin Desmarowitz
Seite 9, unten links: Staatsarchiv Hamburg
Seite 9, unten rechts: Baubehörde
Seite 10: Karin Desmarowitz
Seite 11, großes Bild links: Michael Zapf
Seite 11, kleines Bild links: Lenzsiedlung e.V.
Seite 11, rechts oben: Maximilian Probst
Seite 11, rechts unten: Andreas Bock

Seite 13, großes Bild links: Michael Zapf
Seite 13, rechts (beide): BA Harburg, Peter Frey
Seite 14: BSW, WSB
Seite 15, 1. Folie, großes Bild: Lawaetz-Stiftung
Seite 15, 1. Folie, rechts oben: Lawaetz-Stiftung
Seite 15, 1. Folie, rechts Mitte: Archiv BSW
Seite 15, 1. Folie, rechts unten: steg Hamburg mbH
Seite 15, 2. Folie, großes Bild: Bezirksamt
Hamburg-Mitte, Stadt- und Landschaftsplanung
Seite 15, 2. Folie, rechts oben: Senatskanzlei
Hamburg
Seite 15, 2. Folie, rechts Mitte: bfö Büro für
Öffentlichkeitsarbeit e.K.
Seite 15, 2. Folie, rechts unten: Treibhaus
Landschaftsarchitektur
Seite 16: Karin Desmarowitz
Seiten 18, 19, 20: Julian Horx
Seite 22: Karin Desmarowitz
Seite 23: büro lucherhandt & partner, Karten-
grundlage: © OpenStreetMap contributors
Seite 25, oben: Matthias Friedel
Seite 25, unten links: Michael Zapf
Seite 25, unten rechts: Vandkunsten Architects
Seite 26: Herzog & deMeuron, VOGT, 2021
Seite 27, oben: büro lucherhandt & partner.
Lucherhandt Senger Witt Stadtplaner PartGmbH
Seite 27, unten: haascookzemmrich STUDIO2050
Freie Architekten PartGmbH / MATRIX
Development GMBH / RED Baufeld GmbH
Seiten 28 – 39: Karin Desmarowitz
Seite 41, oben und unten rechts (beide):
Karin Desmarowitz
Seite 41, unten links (beide): bfö Büro für Öffent-
lichkeitsarbeit e.K.
Seite 43, oben: Jutta Vorkoeper
Seite 43, unten: Karin Desmarowitz

Es ist uns nicht in jedem Fall gelungen, die Rechte-
inhaber des verwendeten Bildmaterials ausfindig
zu machen. Berechtigte Honoraransprüche bitten
wir gegenüber der Behörde für Stadtentwicklung
und Wohnen geltend zu machen.





Hamburg

Behörde für
Stadtentwicklung
und Wohnen